

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Klares Gefechtsfeld.

Gegen Jarres, für Otto Braun!

Aus dem Krach im Loebell-Ausschuß sind nun auf einmal drei Kandidaturen aufgestiegen: Jarres für die Rechtsparteien, Marx für das Zentrum und Hellpach für die Demokraten. Damit dürfte die Liste der Bewerber abgeschlossen sein, wenn nicht die Bayerische Volkspartei, der Jarres zu evangelisch und Marx zu links ist, noch mit einer eigenen Kandidatur heraustritt. Da übrigens die Frist zur Nominierung erst am nächsten Donnerstag abläuft, sind neue Ueberraschungen nicht ausgeschlossen.

Die Rechte beginnt eifrig, die Werbeltrummel für ihren Jarres zu rühren. Der „Lokalanzeiger“ bringt sein Bild, was sehr notwendig ist, da ihn kein Mensch kennt. Außerdem findet seine kommunalpolitische Laufbahn eine ausführliche Beschreibung. Nun bestreitet niemand, daß Herr Jarres ein erfahrener Kommunalpolitiker ist, in dem einen Jahr seiner Tätigkeit als Reichsinnenminister hat er aber keine darüber hinausreichenden Fähigkeiten und auf ausserpolitischen Gebiet eine Vorkurslosigkeit befundet, die geradezu erschreckend wirkt. Vom Standpunkt der Qualifikation aus ist Herr Jarres für einen Otto Braun kein ernst zu nehmender Gegner. Erst sind diese Kandidaten nur durch die Macht der Schwerindustriellen und großagrarisches Verbände, die hinter ihr stehen. Der Hugenbergsche „Lokalanzeiger“ formuliert den Gegensatz so:

Soll auf dem höchsten Posten des gegenwärtigen Staates, wie er nun einmal ist und wie er als kurzzeit gegeben einfach hingenommen werden muß und von Dr. Jarres insbesondere hingenommen werden wird, ein Sozialdemokrat oder ein Mann deutschen Vollesens stehen? Denn nur zwischen Dr. Jarres und dem Genossen Braun geht ernstlich der Kampf. Die Kandidatur Marx ist eine reine Zahlkandidatur und die der Demokraten eine leichte Täuscherei. Die ernsthaften Gegner sind nur Jarres und Braun.

Auf demselben Standpunkt stellt sich auch das nationalsozialistische „Deutsche Tageblatt“. Die Jarres-Kandidatur hat also Ludendorffs Segen. Die nichtsagende Phrase von dem „Mann deutschen Vollesens“ soll genügen, um dem Erkoronen der Rechten und des Großbürgers Eingang in die Herzen der Spielbürger zu schaffen. Braun natürlich ist als Sozialdemokrat kein Mann deutschen Vollesens.

Im Gegensatz zum „Lokalanzeiger“ sieht die „Germania“ auch die Kandidatur Marx als aussichtsreich an. Diese Hoffnung kann sich nur auf die Annahme gründen, daß Marx im zweiten Wahlgang als gemeinsamer republikanischer Kandidat in Erscheinung treten würde. Die „B. Z.“ will sogar darüber unterrichtet sein, daß diese gemeinsame Kandidatur für den zweiten Wahlgang schon gesichert sei. Bei genauerer Ueberlegung dürfte die „B. Z.“ selbst bemerken, daß alle Pläne für den zweiten Wahlgang übereilt sind, so lange nicht das Ergebnis des ersten vorliegt, und daß zuvor überhaupt keine Beschlüsse der Parteileitungen möglich sind.

Sollte der erste Wahlgang die Gefahr eines Sieges von Jarres in die Nähe rücken, so sind wir gern bereit, gemeinsam mit andern das wirksamste Mittel ausfindig zu machen, um ihn zu verhindern. Inzwischen wird die Sozialdemokratische Partei alles tun, um ihre eigenen Kräfte zu entsalten und ihren Mann, der ja auch tatsächlich der Geeignete für das Amt ist, auch wirklich durchzusetzen.

Die Parole lautet: „Gegen Jarres!“ Ins Positive übersetzt: „Für Braun!“ Denn Braun ist Jarres' klarster schärfster und fähigster Gegner.

Der Krach im Loebell-Ausschuß.

Am Tage danach.

Die „Germania“ widmete den tumultuösen Verhandlungen des Loebell-Ausschusses rückschauende Betrachtungen, in denen es heißt:

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben ein unehrliches Spiel getrieben. Es war ja von vornherein auffällig, daß die Deutschnationalen sich für die Kandidatur eines Demokraten begeisterten. Es stellte sich dann auch bald heraus, daß die deutschnationale Anhängerschaft im Bunde auffällig wurde, und Freiberger v. Gatz hat in der gestrigen Sitzung des Loebell-Ausschusses durchblicken lassen, daß auch die vaterländischen Verbände unzufrieden seien. Von der Deutschen Volkspartei wußte man von vornherein, daß zwei Strömungen vorhanden waren, von denen die eine Gehler unter keinen Umständen wollte. Diese Richtung hat sich durchgesetzt, wie das aus dem Beschlusse des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei klar hervorgeht. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei ist wieder einmal ein Musterbeispiel politischer Hinterhältigkeit.

Uns scheint vor allem das ganze Treiben des Loebell-Ausschusses alle Züge eines hoffnungslosen politischen Dilettantismus zu tragen. Daß man das, was an Klarheit und Geschicklichkeit fehlte, durch dummpfiffige Schwebungen zu ersetzen versuchte, gehört mit zum Bilde.

Mit zum Bilde gehört übrigens auch, daß der Reichsanwalt Luther mit aller Kraft für Gehler wirkte, sein Außenminister Stresemann aber gegen ihn, und daß Herr Schulz, da er es leider selbst nicht werden konnte, mit Luther gegen Stresemann für Gehler faucht, und daß das ganze Drüber und Drunter, aus dem schließlich Herr Jarres

als Kandidat der „Kleinen“ Sammlung wieder herangeholt wurde, auf diese Kandidatur einen Schatten leiser Romit wirft, der ihr leicht verhängnisvoll werden kann.

Zum 13. März.

Fünf Jahre nach dem Rapp-Putsch.

Heute vor fünf Jahren unternahm die Marinebrigade unter der Führung des Kapitän Ehrhard den Putsch, der Herrn Rapp zum Diktator Deutschlands machen sollte. Das Ergebnis des Putsches war, das die ganze Welt erkannte, wie festgefügt bereits die deutsche Republik, wie stark der Wille der deutschen Bevölkerung zum neuen Staat und zur Verfassung von Weimar war — und wie hoch die Köpfe der Monarchisten und reaktionären Staatsstreicher. Rapp und Ehrhard, Jagow und Ludendorff offenbarten ihre absolute politische Unfähigkeit.

Der Rapp-Putsch zerschellte an dem geschlossenen Willen der Arbeiterschaft zur Republik. Seit dem kläglichen Untergang dieses Staatsstreichversuchs hat die deutsche Reaktion sich auf andere Methoden des Kampfes gegen Republik und Verfassung verlegt. Die entschlossenen Republikaner in Deutschland sind ihr auch auf diesem Kampfboden entgegengetreten. Sie verteidigen Position um Position, die von der Reaktion angegriffen werden.

Zwischen Rapp und Loebell, zwischen dem Staatsstreicher und dem Sammler einer reaktionären Front gegen die Republik mit der Spitze gegen die Arbeiterschaft, liegen fünf Jahre politischer Kampf. Damals war die Hoffnung der Reaktion der Putsch, heute die Präsidentenwahl. Damals brach der Putsch so kläglich zusammen, wie heute der Loebellsche Sammlungsversuch.

Herr Rapp ist nicht Diktator von Deutschland geworden. Herr Jarres, der Kandidat des Loebell-Ausschusses, wird nicht deutscher Reichspräsident. Die Entschlossenheit der Republikaner wird die Pläne der Reaktion zerschellen lassen — heute wie damals.

Malkans Amtsantritt.

New York, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der neue deutsche Botschafter in Amerika v. Malkan wurde am Donnerstag nachmittag von dem Präsidenten Coolidge im Weißen Hause zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen. v. Malkan hielt einleitend eine Rede, auf die Coolidge in Erinnerung an den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert antwortete, den er als vorbildlichen und aufrechten Mann mit festem Takt und Wirklichkeitsinn bezeichnete.

Verschärfung im Eisenbahnerstreik.

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich in Berlin wesentlich verschärft. Bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium war vereinbart, daß bevor ein Spruch gefällt wird, die Lage nicht verschleift werden soll. Inzwischen war aber am Abend vorher in Berlin ein Aufruf gedruckt worden, wonach auch die übrigen Eisenbahnbetriebsarbeiter die Arbeit einstellen sollten. Dieser Aufruf ist am Donnerstag im Laufe des Vormittags verbreitet worden. Es war nicht möglich, diesen Aufruf zurückzuziehen. Infolgedessen sind die wichtigsten Bahnbetriebswerke in Berlin stillgelegt worden. Bahnbetriebswerke sind die Werke, wo die Lokomotiven fahrbereit gemacht werden.

Der Bahnhof Wustermarke, der größte Rangierbahnhof Groß-Berlins, ist vollständig stillgelegt. Die wichtigste Gruppe, die Rangierer, haben vollständig den Betrieb verlassen. Infolgedessen wird sich im Laufe des heutigen Nachmittags der Verkehr vollständig verstopfen. Technische Notfälle sind eingeleitet, doch werden sie nicht in der Lage sein, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Verschleuderung des Reichsvermögens.

Der Angriff auf die deutschen Werke.

Wir erhalten folgende Entschliessung:
Die Ausschüsse der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und des AFA-Ortsverbandes Berlin haben sich im Beisein von Mitgliedern der in Betracht kommenden Betriebsvertretungen mit der Angelegenheit der Deutschen Werke beschäftigt. Die Ausschüsse sehen in der geplanten gewaltsamen Umorganisation der Deutschen Werke eine große Gefahr für den Stand des Unternehmens und vor allem für die Existenz der dort tätigen Arbeitnehmer. Die unverhüllt zutage tretende egoistische Absicht der Großindustrie, unter Schädigung der Interessen des Reichs und der Allgemeinheit die Werke in ihren Besitz zu bekommen, muß durch sofort eingeleitete Aktionen in ihrer Durchführung mit allen Kräften verhindert werden. Das Ziel hierbei muß sein, durch Bereitstellung von Krediten die Fortführung der Deutschen Werke in der gegenwärtigen Form zu sichern.

Die Ausschüsse der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und des AFA-Ortsverbandes Berlin ersehen die zentralen Körperschaften, insbesondere den Vorstand des ADGB und des AFA-Bundes, unverzüglich in der angegebenen Richtung unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, vor allem durch Einwirkung auf die Staats- und Reichsbehörden und die öffentliche Meinung, tätig zu werden.

Achtstundentag und Volksentscheid

Beratung der Gewerkschaften am 18. März.

Von Fritz Schröder.

In der französischen Revolution von 1848 überbrachte am Morgen des 25. Februar der Arbeiter Marche als Abgeordneter der auf dem Grève-Platz versammelten Volksmassen der Regierung eine Petition, worin die Organisation der Arbeit gefordert wurde. Als Lamartine ihn zu vertrösten suchte, erklärte Marche: „Nun wohl, das Volk wird warten, es stellt drei Monate Elend in den Dienst der Republik.“

Uns fehlt das Pathos und die Phantasie der Franzosen. Es geht nüchtern in Deutschland zu. Kein Wunder, daß die deutsche Arbeiterklasse bis zum heutigen Tage ihr Elend in den Dienst der Deutschen Republik stellt. Dennoch würde sich die gegenwärtige Rechtsregierung Luther-Brauns in einem verhängnisvollen Irrtum befinden, wenn sie annähme, daß die deutsche Arbeiterklasse noch länger gefassen zusehen würde, wie auf Kosten ihrer Arbeitskraft Postill getrieben wird. Alle Geduld hat ein Ende und schließlich sogar die deutsche Geduld. Das Zustandekommen der schwerindustriellen Rechtsregierung Luther-Brauns war bereits eine Prookulation für die deutsche Arbeiterklasse. Das Verhalten dieser Regierung zu den wichtigsten sozialpolitischen Fragen läßt die letzten Zweifel darüber schwinden, was die deutsche Arbeiterklasse von dieser Regierung zu erwarten hat.

Des Deutschen Reichs Sozialminister Dr. Brauns ist so stark in kapitalistischen Gedankengängen befangen, daß keinerlei Hoffnung für den Wiederaufbau der deutschen Sozialpolitik auf ihn zu setzen ist. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich deshalb auf die Entfaltung der eigenen Kraft mehr als bisher besinnen, um die dringendsten sozialpolitischen Fragen einer geschicklichen Neuregelung zuzuführen. Dazu gehört neben der Arbeitslosenversicherung die geschickte Wiedereinführung des Achtstundentages, verbunden mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Der von allen Gewerkschaften, mit Ausnahme der Christlichen, eingesehene Ausschuss zur Herbeiführung eines Volksentscheides hatte seine Vorbereitungen schon vor längerer Zeit abgeschlossen. So war vereinbart worden, vor Einleitung weiterer Schritte einen neuen parlamentarischen Vorstoß zu unternehmen. Das ist nunmehr anlässlich der Beratungen des Reichsarbeitsministeriums am 8. und 4. Februar geschehen. Die Verhandlungen über den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Achtstundentag wiederherstellt und die Voraussetzungen für die beschleunigte Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erfüllt, haben eindeutig gezeigt, daß die gegenwärtige Rechtsregierung für den Profit der Unternehmer alles, für den Schutz der Arbeitstrait nichts übrig hat. Jetzt muß die große Volksbewegung zur Wiederherstellung des Achtstundentages und für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einleiten.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Dühmann, wies in seiner Reichstagsrede darauf hin, daß die für den Spätsommer vorigen Jahres geplant gewesene Regierungserklärung jetzt im Reichstage verteilt worden ist. Damit sollte zum Ausdruck kommen, wie die Reichsregierung gegenwärtig zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens steht. Herr Brauns unterstrich das in seinen Ausführungen, indem er sagte: „Was die Ratifizierung des Übereinkommens von Washington betrifft, so verfolgt die Regierung durchaus die Linie, die durch die Erklärung der früheren Reichsregierung vorgezeichnet worden ist. Das neue Kabinett hat diese Erklärung übernommen und mich beauftragt, in dieser Linie meine Arbeiten fortzuführen.“ Angesichts dieser Erklärung muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß Herr Brauns eine neue Wandlung in seinen Auffassungen vollzogen hat. Nach der Berner Konferenz am 9. September 1924, auf der bekanntlich die Arbeitsminister Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands anwesend waren, um vertrauliche Zwiesprache wegen gemeinsamer Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu pflegen, fand am 17. September v. J. im Reichsarbeitsministerium eine Aussprache mit Vertretern der Gewerkschaften über die Ergebnisse dieser Konferenz statt. Im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums informierte Ministerialdirektor Dr. Sipler die Gewerkschaftsvertreter über den Verlauf der Konferenz. Als Teilnehmer an dieser Aussprache wies ich auf den Schlußsatz der damals geplanten Regierungserklärung hin und bestritt bei Ausrechterhaltung dieses Schlusssatzes den ernstlichen Willen der deutschen Reichsregierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Demgegenüber erklärte Ministerialdirektor Dr. Sipler mit allem Nachdruck, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereit sei, ohne diesen Vorbehalt das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Und auf meine Frage, ob dieser Schlußsatz der Regierungserklärung bestehen bleiben würde, wenn die Reichsregierung jetzt an die Formulierung dieser Regierungserklärung heranginge, erklärte Dr. Sipler, daß von einer solchen Einschränkung selbstverständlich keine Rede mehr sein könne. Und nun ermesse man die Aufrichtigkeit der Reichsregierung Luther-Brauns, wenn sie bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sich auf diese alte Regierungserklärung zurückzieht. Es besteht für uns kein Grund zu irgendwelchen moralischen Entrüstungen. Der Vorgang beweist nur den damaligen Wert der A.F.A.-Meldung

nam 9. September, inspiriert vom Reichsarbeitsministerium, deren Schlussatz lautete: „Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu gelangen.“ Und aus Grund der damaligen Aussprache wurde später auch durch W.A. die Meldung verbreitet, daß von einer ausnahmsrechtlichen Behandlung Deutschlands bei einer eventuellen Ratifizierung mit Hilfe des Artikels 14 des Washingtoner Abkommens keine Rede sein könne.

Der Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen hat also gezeigt, daß von der gegenwärtigen Rechtsregierung in der Frage der gesetzlichen Wiedereinführung des Achtstundentages in Deutschland und der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nichts zu erwarten ist. Den Bemerkungen obliegt es nunmehr, die Vorbereitungen für eine große deutsche Volksbewegung zur Verwirklichung dieses Zieles herbeizuführen. Am 18. März treten die Bundesausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zusammen, um in einer großen Kundgebung zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Das ist der Beginn einer neuen Phase unseres Kampfes um den Achtstundentag und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die Intensität dieses Kampfes muß in den nächsten Monaten so stark werden, daß von diesem Kampfe das ganze arbeitende Volk aufgerüttelt wird.

Der deutschnationaler Betrug.

Herr West und seine Gläubiger.

Mit Hilfe ihres Trugspiels von der 100prozentigen Aufwertung der Privatschulden und der öffentlichen Anleihen gelang es den Deutschnationalen bei den Dezemberwahlen, ihre Mandatszahl zu erhalten. Sie erzwangen die Bildung einer Rechtsregierung mit vier deutschnationalen Ministern. An die Spitze dieser Regierung stellten sie denselben Dr. Luther, den sie vorher wegen seiner Aufwertungsgegnerschaft mit Haut und Haar verfluchten wollten.

Jetzt war die Zeit gekommen, wo die Deutschnationalen und die übrigen Rechtsparteien in der Aufwertungsfrage Farbe bekennen mußten. Als die Deutschnationalen noch außerhalb der Regierung standen, hatte ihr Führer Dr. Herzig erklärt, am ersten Tag ihrer Regierungsbeteiligung werde dem Reichstag eine neue Aufwertungsvorlage zugehen. Länger als zwei Monate sind nun die Deutschnationalen in der Regierung; von der Aufwertungsfrage ist aber noch immer nichts zu sehen. Statt Aufhebung der dritten Steuererhöhungsverordnung hatten sie bei Beginn des neuen Reichstags nur Aufhebung der kleinen Verordnung vom 4. Dezember 1924 beantragt, die den Gerichten zum Nachteil der Gläubiger und Sparer die Hände bindet. Aber auch dieser Antrag war nicht ernst gemeint. Die deutschnationalen Antragsteller suchten die Abstimmung über ihn zu verhindern. Als die Sozialdemokratie die Abstimmung erzwang, lehnten die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag ab.

Unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik ver sprach die Regierung am 5. Februar 1925 binnen drei Wochen eine neue Aufwertungsvorlage einzubringen. Seitdem sind sechs Wochen verstrichen. Die Vorlage läßt immer noch auf sich warten, die Regierung hat ihr Versprechen gebrochen. Als infolge des Bruchs dieses Versprechens die Sozialdemokraten die sofortige Aufhebung der dritten Steuererhöhungsverordnung beantragten, um die Regierung endlich zur Vorlegung ihres Entwurfs zu zwingen, wichen die Rechtsparteien unter Führung der Deutschnationalen wieder aus durch Verweisung des Antrags an den Ausschuss. Wieder begingen die Deutschnationalen Verrat an einem Antrag, den sie wenige Monate zuvor selbst gestellt hatten.

Warum verraten die Parteien der Rechten so schamlos die auf ihr gutes Recht pochenden Gläubiger und Sparer?

Weil die reichen Schuldner in Industrie, Handel und Landwirtschaft, die durch Abstoßung ihrer Lasten mit wertlosen Papiersegen ihren Sachbesitz vermehrt haben, ihre Verpflichtungen nicht anerkennen wollen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben bekanntlich bei der Regierung Einspruch erhoben gegen jede Verbesserung der Aufwertungsbedingungen. Diese Spitzenverbände haben den Rechtsparteien viele Millionen Wahlgelder gespendet. Der Wille dieser Großkapitalisten ist den Rechtsparteien, vor allen den Deutschnationalen, Befehl. Das Gebot von der Unfähigkeit der Wirtschaft zur Tragung einer höheren Aufwertung ist ein großer Schwindel. Die Goßbilanzen, die ungeheuren Lantkemen, die Dividenden der Aktiengesellschaften, die Luxusautos der großen Unternehmer in Stadt und Land reden eine andere Sprache. Hier treten die Milliarden wieder in die Erscheinung, die den Gläubigern und Sparern geraubt worden sind.

„Das Gesamtergebnis ist erschreckend. Es stellt auf der ganzen Linie eine Kapitulation vor den Forderungen des Großkapitals und einen Hohn auf die berechtigten Forderungen der Sparer dar“, sagt der deutschnationaler Abgeordnete West zum Schluß seiner Kritik der Aufwertungsentscheidung der Bürgerblockregierung. Herr West hat nur vergessen, hinzuzufügen, daß seine eigene Partei die stärkste Stütze dieser Regierung ist. Erst sängen die Deutschnationalen mit ihrem Wahlbeitrag die Gläubiger und Sparer ein, und als sie ihr Ziel, nämlich vier Ministerplätze, erreicht hatten, billigten sie den Hohn auf die berechtigten Forderungen der Sparer.

Der Tschekaprozess.

Koppenhöfer beschwert sich. — Neue Auseinandersetzungen

SE. Leipzig, 13. März.
Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde nach Austritt der Zeugen in der Vernehmung des Kriminaloberinspektors Koppenhöfer fortgefahren. Zunächst richtete R.A. v. Bagnato eine Reihe von Fragen an den Zeugen. Auf einen Vorhalt des R.A. Dr. Simon, daß Koppenhöfer nicht ausgesagt habe, Margies habe Sprengstoffpatronen aus dem Ruhrgebiet geholt, bekennt der Zeuge, daß diese Aussage von Poegge stamme.

Es folgen dann vergebliche Versuche des R.A. v. Bagnato für die Behauptung, daß in Stuttgart bei verschiedenen festgenommenen von Polizei und Untersuchungsbehörde besondere Praktiken ausgeübt worden seien, Beweise von Koppenhöfer zu erlangen. Sie scheitern ebenso, wie die Bemühungen, die später Dr. Herzfeld in der gleichen Richtung macht. Zum Beweise dafür, daß noch im Mai 1924 die kommunistische Partei die Angelegenheit König und Diener nicht als Spiegel angelegen habe, verliest dann Koppenhöfer ein Schreiben, das der kommunistische Abgeordnete Obuch an den württembergischen Landtagsabgeordneten Müller in Stuttgart geschickt hat, in dem es sich um die Frage handelt, welchem Rechtsanwalt man die Verteidigung der Genossen König und Diener, die aufhört weniger stark befohlen seien, übertragen solle.

Es wird sodann auf Antrag von Dr. Herzfeld eine Veröffentlichung der Berliner Politischen Polizei verlesen, in der die anfängliche Vermutung, daß ein gewisser Jakob Peters, der zur russischen Tscheka gehöre, den Anschlag auf Rausch verübt habe, angefochten der in Stuttgart erfolgten Verhaftung der tatsächlichen Täter als ein bedauerlicher Irrtum widerrufen wird.

Im weiteren Verlauf beschwerte sich Kriminaloberinspektor Koppenhöfer sehr energisch darüber, daß Rechtsanwalt Dr. Woll heute zum fünften Male ihm gegenüber in einem angeblichen lapsus linguae den Ausdruck „Anschlag“ gebraucht habe. Der Zeuge bekennt dann mit Bestimmtheit, daß nicht etwa eine behördliche Stelle den Ausdruck „Deutsche Tscheka“ geprägt habe, sondern daß er diese Benennung zum ersten Male aus dem Munde Poegges gehört habe.

R.A. Dr. Goldstein richtet an den Zeugen die Frage, ob König von ihm oder der Polizei Geldmittel erhalten habe. Der Zeuge verweigert hierauf die Aussage.

R.A. Dr. Herzfeld beantragte hierzu die Einholung der Genehmigung zur Aussage Koppenhöfers über die Frage, ob König von der Polizei Geld erhalten habe, und der Vorsitzende sagte zu, daß das Gericht später darüber Beschluß fassen werde.

R.A. Dr. Woll richtete an den Zeugen die Frage, wie er in den Besitz des Schreibens des Abgeordneten Obuch gelangt sei.

Zeuge: Der Brief stammt aus dem Kisten des in Stuttgart festgenommenen Sekretärs der „Roten Hilfe“ von dem Oberbezirk Südwest, Max Bauer. Das Schriftstück habe ich mit Genehmigung des Untersuchungsrichters und mit mündlicher Einwilligung der Behörde erhalten.

R.A. Dr. Woll: Können Sie eine Erklärung geben, weshalb Ihnen das Schriftstück persönlich gegeben worden ist?

Zeuge: Auf meinen Wunsch. Ich habe es in den Akten gefunden und da es zu der Tschekasache gehörte, habe ich sogar den Auftrag bekommen, es hier in der Gerichtsverhandlung zu übergeben.

R.A. Dr. Woll stellt an den Zeugen Koppenhöfer die Frage, ob es richtig sei, daß auch in Stuttgart die Vernehmung von Beschuldigten in Gegenwart von Schriftführern vorgenommen werden müsse und diese Vernehmungen sofort zu Protokoll zu nehmen seien. Ueber die Frage, zu welchem Zweck diese Frage gestellt wird, entspinnt sich eine Debatte zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger. R.A. Woll verlangt schließlich Gerichtsbeschluß darüber, ob er verpflichtet sei, den Zweck dieser Frage zu erklären, bevor die Antwort des Zeugen erteilt werde.

R.A. Dr. Löwenthal verweist hierbei auf die einschlägige Literatur, aus welcher hervorgeht, daß der Vorsitzende zu solchem Verfahren nicht berechtigt sei.

Der Gerichtsbeschluß geht dahin, daß die Beantwortung der Frage des Vorsitzenden, zu welchem Zweck der Anwalt seine Frage stelle, unberechtigt sei. Als R.A. Dr. Woll in anderer Form seine Frage wiederholt stellte, und wiederum Präsident Riedner die Frage beantwortete, kam es zu einer weiteren schweren Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt, in deren Verlauf auch Dr. Rosenfeld den Gerichtshof davor warnte, ein Verfahren zu billigen, das mit den unzweideutigen Bestimmungen der Strafprozeßordnung keinesfalls zu vereinbaren wäre.

Barmat und die Reichsbehörden.

Die Untersuchung im Reichstagsausschuss.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages setzte heute die Zeugenvernehmung fort. Direktor Britschow sagte auf die Frage des Abg. Bruhn, Barmat habe sich auf eine Zusage des Ministers Robert Schmidt berufen. Sein Angebot, Waren gegen Kasse zu liefern, sei abgelehnt worden. Als er auf die Zahlungsbedingungen des Reiches einging, Lieferung gegen Akzept, einlösbar bei Lieferung der Ware, habe der Zeuge keine Bedenken getragen, bei den Reichsstellen für ihn einzutreten. Einfluß auf die Preise habe der Zeuge nicht genommen.

Eine weitere Frage des Abg. Bruhn, ob irgendwelche Intimitäten zwischen ihm und Barmat bestanden hätten, ob Barmat ihm persönlich Angebote gemacht habe, beantwortet der Zeuge verneinend. Einmal habe ihn Barmat nur zur Besichtigung des Amsterdamer Bureau eingeladen, der Zeuge sei dieser Einladung aber nicht gefolgt. Mit einem gewissen Voller, der von Bruhn genannt wird, sei er erst nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in private geschäftliche Beziehungen getreten. Der Zeuge erörtert dann an der Hand einiger Verträge, wie die damaligen Geschäfte mit Barmat abgeschlossen, wie die Zahlungs- und Lieferungsbedingungen vereinbart wurden, wie aber auch die Differenzen bei der Abwicklung der Geschäfte entstanden. Die Zahlungsbedingungen seien mit dem in Betracht kommenden Ministerium vereinbart worden. Auf weitere Fragen des Abgeordneten Bruhn, ob Verträge annulliert worden seien, wenn Barmat sich verbehalten hätte, also zuungunsten des Reiches, erwiderte der Zeuge, daß zwar wiederholt auf die Ausführung von Lieferungen verzichtet worden sei, aber nur dann, wenn inzwischen die Marktpreise heruntergegangen waren und das Reich dadurch keinen Schaden erlitt.

Die Geschäfte der Reichsstellen seien doch schon untersucht worden, es habe sich aber nicht ergeben, daß zum Nachteil des Reiches gehandelt worden sei. Wenn der Zeuge alle Fälle ausführlich darstellten solle, in denen Anträge an Werken, Behörden, Kommunen usw. auf Einfuhr von Lebensmitteln abgelehnt wurden, müßte er erst viele Aktenbände durcharbeiten. Man müsse bedenken, daß

für die Einfuhrpolitik sehr scharfe Bestimmungen

bestanden, die insbesondere mit der Devisenbeschaffung zusammenhängen. Wegen der Versorgung der Post- und Eisenbahnämtern mit Lebensmitteln bestanden Anweisungen, wonach diese zentral zu regeln sei. Auf Sonderanträge sollte nicht eingegangen werden. Die angeblichen Verbindungen mit gewissen Lieferanten hätten gar keinen Einfluß darauf gehabt. Es seien auch andere Verträge mit Lieferanten abgeändert und annulliert worden.

Die Krankheit Friedrich Eberts.

Ein Herzleiden über Eberts Operation und Tod.

In Fällen wie beim Tode des Reichspräsidenten machen sich Gerüchte über die Krankheit und die Operation nur allzu breiten Raum. Um unzutreffenden Ausstellungen vorzubeugen oder sie richtigzustellen, hat die Familie Eberts dankenswerterweise die Zustimmung zu einem Sachberichte gegeben, den die beiden behandelnden Ärzte, Sanitätsrat Dr. A. Freudenthal und Geheimrat Bier sowie Geheimrat Lubarsch auf Grund des Leichenbefundes und der mikroskopischen Untersuchungen in der heutigen Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichten.

Aus Freudenthals Bericht geht hervor, daß Ebert von ihm seit Jahren wegen seiner Anfälle von Gallensteinleiden behandelt wurde, das letztemal im Jahre 1924. Seit über einem halben Jahre aber hatte Freudenthal den Reichspräsidenten nicht mehr gesehen, so oft er sich deswegen auch mit ihm, seiner Familie oder seinem Kabinett in Verbindung setzte. Erst am 9. Februar wünschte Ebert selbst den ärztlichen Besuch, er lag und berichtete, daß er sich schon seit Weihnachten nicht wohl gefühlt habe. Schonen hätte er sich nicht können, nunmehr aber „könne er nicht mehr weiter“. Freudenthal verordnete ihm u. a. Vermeiden jeder amüslichen Tätigkeit. Das Befinden besserte sich. Ebert konnte wieder aufstehen und arbeiten. Niemand ohne Besonderen nahm er am 18. an der Festsetzung des Zentralkomitees für Krebsforschung teil. An diesem Abend redeten Geheimrat Kraus und Freudenthal ihm zu, möglichst bald zur Erholung in ein Sanatorium zu gehen. Am Morgen des 23. Montag, besuchte der Arzt Ebert, wie schon Lage vorher verabredet. Der Reichspräsident lag zu Bett und klagte über Schmerzen schon am vorigen Tage. Als diese verstärkt wiederkamen, zog Freudenthal Geheimrat Bier hinzu (es war am Abend), damit möglichst sofort operiert werde.

Aus Biers Bericht ist folgendes hervorzuheben: Eberts Operation begann um 12 Uhr, Rac Burney'scher Wechselschnitt. Schwierigkeiten machte dabei der Wurmfortsatz, der steif und frei in die Bauchhöhle ragte. Schließlich gelang es, ihn frei zu bekommen, an seiner Einkerbung in den Dickdarm abzutragen und den Stumpf zu übernehmen. Die Bauchhöhle war sehr leicht von einer reichlichen Menge eitrig-getriebenen Erythrocyten zu reinigen. — Die Nacht und der folgende Tag waren gut; Der Kranke fühlte sich wesentlich erleichtert. Am Mittwoch abend wurde Ebert sehr unruhig, in der Nacht wurde eine Magenpflügel ausgeführt und am Donnerstag morgen, um eine bedrohliche Darmblähung zu beheben, Kochsalzwasser gegeben, das aber den Zweck nicht erfüllte. Deswegen wurde aus einer in der Mitte der Operationswunde gelegenen Dünndarmabschnitte Gas entleert, was erheblich erleichterte. Aspiriere, Magenpflügel usw. mußten auch am Freitag ausgeführt werden, der Kranke fühlte sich dann wohl. Sonnabend früh traten dann plötzlich Uebelkeit, starke

Unruhe, Brechneigung auf; der Puls wurde sehr klein, der Bauch war aufs äußerste aufgetrieben. Die Dünndarmabschnitte wurden geöffnet. Trotzdem sich nur der Darminhalt, kein Gas entleerte, besserte sich das Befinden ein wenig, bis gegen 8 Uhr ein schneller Kräfteverfall eintrat. Um 10 1/2 Uhr starb Ebert. Morphium hat er nur vor der Operation und gegen das Ende hin erhalten, Herzmittel waren nur in den zwei kritischen Nächten nötig. In der übrigen Zeit war der Puls stets voll und kräftig. Während des ganzen Verlaufes überstiegen die Temperaturen nicht 36,9.

Lubarschs Bericht kommt zu folgender Schlussfolgerung: Das ganze Krankheitsbild wurde beherrscht durch die Darmblähung, deren Schwere durch den Leichenbefund aufgeklärt ist — der Unterleib ist für diese Untersuchung gestäubt und eine mikroskopische Durchforschung angeordnet worden; die Öffnung der übrigen Körperhöhlen war nicht gestattet. Aller Voraussicht nach hätte die Frühoperation ohne die Darmblähung zu einer Heilung der Bauchfellentzündung und sogar zu einer primären Heilung der Bauchwunde geführt. Trotzdem es sich um einen schweren und ungewöhnlichen Fall von Wurmfortsatzentzündung handelte. Die Schwere der Darmblähung geht daraus hervor, daß selbst durch die Punktion und den Einschnitt in den Darm sich nur wenig Inhalt entleerte. Lubarschs Bericht macht auch verständlich, daß in der Vorgeschichte in den ersten Stunden das Krankheitsbild nicht auf den Wurmfortsatz hinwies.

Eine Generalversammlung, die nicht weiß, was sie will.

Die Angelegenheit des Deutschen Opernhauses beschäftigt seit langer Presse und Publikum. Der Konturs des Deutschen Opernhauses, die Uebernahme durch die Stadt, die Frage, in welcher Form das Gesehene soll, die Frage, wem der Fundus des Deutschen Opernhauses gehört, alles das ist noch im Fluß. Wie ungeklärt und verworren die Verhältnisse sind, bewies am besten die Generalversammlung, die zu gestern nachmittag in den Chorprobenlokal des Deutschen Opernhauses einberufen worden war. Augenblicklich beherrschen zwei starke Strömungen die Aktionäre. Die eine Gruppe, das sind die alten Aktionäre, fürchten tödlicherweise, daß sie bei der Uebernahme des Unternehmens durch die Stadt Berlin in ihren Rechten geschädigt werden könnten. Bis nun gestern Rechtsanwalt Paul Hennig die Generalversammlung, welche sehr stark besucht war, eröffnete, erhob sich einer der alten Aktionäre und machte juristische Einwendungen über die Art der Hinterlegung von Aktien. Da, Gott sei Dank, eine größere Anzahl von Juristen in der Aktionärversammlung anwesend waren, kam es zu langen juristischen Auseinandersetzungen. Alle redeten zu gleicher Zeit, und der Vorsitzende rief sehr beschleunigt dazwischen: „Ich schließe, ich schließe! Und wer sich nicht sagt, dem gegenüber mache ich von meinem Ausreicht Gebrauch.“

Daraus hat bemächtigte sich der Aktionäre eine überaus erregte Stimmung, und trotzdem die Versammlung geschlossen war, debattierte man unentwegt weiter und verlangte Wiedereröffnung der Generalversammlung. Merkwürdigerweise waren auch ein paar Juristen und Kenner des Aktienrechts für die Wiedereröffnung, obwohl

se ganz genau wissen, daß der Registerrichter eine solche wieder-eröffnete Generalversammlung und deren Beschlüsse für ungültig erklären muß. Nachdem man eine Stunde hin und wieder überlegt hatte, was zu tun sei, verließ der Vorsitzende Hennig: „Ich eröffne von neuem die Versammlung!“ Aber siehe da, es ging doch nicht. Abermals Debatten, Auseinandersetzungen und schließlich wurde bekanntgegeben, daß die nächste Generalversammlung am 5. April stattfinden solle. Die Rolleidenden bei diesen Vermorrenheiten sind natürlich wie immer die Angestellten. Die Stadt Berlin hat jedoch die Absicht, für das Personal in großzügiger Weise zu sorgen und ihm eine höhere Quote zu geben als es die Aktionäre tun können.

In der Generalversammlung wurde übrigens eine Broschüre verteilt: „Der Kampf um das Deutsche Opernhaus, Ursachen und Wirkungen.“ Sie ist im Auftrage von Aktionären von Rechtsanwalt Paul Hennig verfaßt. Diese Broschüre, die am Anfang behauptet, daß sie weder angreift noch verteidigt, so daß man mit Recht fragen kann, warum sie denn überhaupt geschrieben worden ist, enthält verschiedene Unrichtigkeiten und greift vor allem, wenn auch nur so zwischen den Zeilen, unseren Genossen Paul Hirsch in durchaus ungerechter Weise an.

Eine Radio-Universität. Boston wird in kurzer Zeit die erste Radio-Universität der Welt aufzuweisen haben. Es handelt sich bei diesem Plan nicht darum, die Kenntnisse des Radio als Wissenschaft einzuführen, denn diese Wissenschaft wird bereits an allen Universitäten gelehrt. Der Plan geht dahin, eine Organisation zu schaffen, die vollkommen den wissenschaftlichen Aufbau einer Universität ähnlich ist, ohne aber Hörkurse zu besitzen. Die Hörkurse sind eben die ganze Welt, die mit Radioapparaten verbunden ist.

Alle Fakultäten sollen systematisch aufgebaut werden, um in einzelnen Kollegs dem Publikum wissenschaftliche Vorträge über alle Gebiete des Wissens halten zu können. Die Hauptfrage dabei ist, daß es sich nicht wie bei bisher schon bestehenden wissenschaftlichen Vorträgen um einzelne Gebiete oder zusammenhängende Themen handelt, sondern um die ganz systematische Durchführung eines wissenschaftlichen Planes nach dem Vorbild jeder Universität. Es sollen zu diesem Zweck die erforderlichen Gelehrten für regelmäßige Kollegs verpflichtet werden. Es wird ein ganz bestimmter Stundenplan aufgestellt werden, nach dem die Kollegs abgehalten werden sollen, so daß jeder einzelne Zuhörer die Möglichkeit hat, das ihn interessierende Thema regelmäßig zu verfolgen. Man will dadurch die Wissenschaft in weite Kreise des Volkes bringen. Dazu ist erforderlich, daß sie in möglichst vollkommener Weise dargestellt wird, da sonst der Gewinn der Zuhörer nur sehr gering sein dürfte.

Es wird sich also voraussichtlich um eine Volkshochschule handeln, die durch Radio wirksam wird und allerdings eine Verbreitungsmöglichkeit hat, wie sie andere Volkshochschulen kaum besitzen. Es hat sich in Boston eigens eine Gesellschaft gebildet, welche das Unternehmen der ersten Radio-Universität finanziert.

Der Lichtbildvortrag Bruno Lant über die Volkshochschule. Der Vortrag über die „moderne Wohnung als Schöpfung der Frau“, den Bruno Lant auf Einladung der Volkshochschule S. G. Sonnabend, 7. Uhr im Odéon des Kunstgewerbmuseums, Beim Albrechtstr. 7a, hält, beginnt um 7 1/2 Uhr. Karten zum Preise von 60 Pf. sind noch am Sonntaggang erhältlich.

Briand gegen Chamberlain.

Der englisch-französische Gegensatz.

Nach der Abgabe, die der englische Außenminister Chamberlain in der gestrigen Sitzung des Völkerbundes dem Genfer Garantiepakt erteilte, wurde mit großer Spannung die Rede des französischen Delegierten Briand erwartet. Im Gegensatz zu der englischen Auffassung, so führte er aus, sei er auch heute noch der gleichen Meinung wie im September, daß nämlich das Genfer Protokoll das vornehmste Mittel zur Sicherung des Weltfriedens sei.

Er fühlte sich — so erklärte er — als verantwortlicher Urheber des Protokolls mehr als je Europa gegenüber verpflichtet, das heute wieder kritische Stunden durchläuft und mit unruhiger Erwartung auf eine Entscheidung des Völkerbundes hoffe, die den endgültigen Frieden sichere. Er erkenne die englische Kritik an, daß die Unvollständigkeit des Völkerbundes das größte Hindernis für die Friedensarbeit sei und wiederhole die Einladung an Nordamerika, sich dem Völkerbund anzuschließen. Diese Einladung gelte aber ausdrücklich für alle Staaten, die noch außerhalb stünden. Die Beseitigung sei unumgänglich, wenn das Protokoll, das er keineswegs für verloren halte, jemals verwirklicht werden solle. Frankreich halte unbedingt am Protokoll fest, dessen große Idee einer Gemeinschaft des Weltfriedens für alle Staaten und dessen Brandmarkung als Verbrechen neue Wege weisen. Er glaube deshalb nicht, daß Chamberlains Rede eine endgültige Ablehnung des Protokolls bedeute und hoffe im Gegenteil, daß die Möglichkeit einer weiteren Diskussion gegeben sei, die eine Weiterentwicklung des Protokolls auf neuen Wegen bedeute. Er schloß mit den Worten: „Als ich heute morgen das englische Memorandum las, hatte ich das Gefühl eines Mannes, der im Dunkel herumirrt, aber als ich es nochmals las, kam mir plötzlich eine Hoffnung, wie einem nächtlichen Wanderer plötzlich ein rettendes Licht erscheint.“

Am Schluß seiner Rede verlas Briand eine lange Erklärung der französischen Regierung, in der es u. a. heißt:

„Frankreich habe bei der Ausarbeitung des Protokolls eifrig mitgearbeitet. Dieses Werk sei lediglich die Entwicklung der im Völkerbundsstatut enthaltenen Ideen. Frankreich sei sich bewußt gewesen, die einzig praktische wirksame Lösung durch Probleme zu suchen, welche die Konflikte zwischen den Staaten darstellten. Es habe auf diese Weise zur Verwirklichung des großen Gedankens beigetragen geglaubt, der während des Krieges die Millionen geeinigt habe. Das auf den Vorschlag Englands und Frankreichs zustande gekommene Protokoll sei die praktische Durchführung des im Völkerbundsstatut enthaltenen Systems. Es habe die ungeheure historische Bedeutung, zum ersten Male den Gedanken der internationalen Gemeinschaft des Schiedsgerichts in die Praxis übergeführt zu haben und den Angriffskrieg zu einem Verbrechen gemacht zu haben. Bezüglich der Sanktionen bringt das Protokoll lediglich die vom Völkern auferlegten Verpflichtungen zur Anwendung. Frankreich bleibe bereit, alle Vorschläge anzunehmen, die das Werk der Begründung des Friedens auf Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung ergänzen könnte. Es sei zuzugeden, daß das Protokoll verschiedenartige Anwendung finden könne. Die französische Regierung lehne den Gedanken von Sonderverträgen nicht ab. Aber in der Ueberzeugung, daß nur die Zustimmung zu einem gemeinsamen Protokoll dem Wüßensbeweis ein Ende machen könne, durch den die Völker wieder in die alten Gebräuche der brutalen Kämpfe zurückzuführen würden, in dieser Ueberzeugung bleibe Frankreich seiner Unterschrift unter dem Protokoll getreu.“

Die Erklärung Briands zeigt den unzerstörbaren Gegensatz, der jetzt zwischen der französischen und der englischen Politik besteht. In der Septembertagung des Völkerbundes war dank den gemeinsamen Bemühungen der Regierungen MacDonalds und Herriots eine Basis geschaffen worden, auf dem der Völkerbund zu einem mächtigen Instrument der Befriedung Europas werden konnte. Aber der Sturz der englischen Arbeiterregierung durch die Konventionen hat diese Basis zerstört. Die Regierung Baldwin

350 Jahre Deuschtum in Kopenhagen. Die Petrikirche in Kopenhagen feierte kürzlich den Tag, an dem sie vor 350 Jahren durch Privileg des damaligen dänischen Königs den in Kopenhagen wohnenden Deutschen übergeben wurde. Die Geschichte der Petri-Gemeinde ist seit ihrer Gründung bis in die neuere Zeit, die den Kirchen ihren Platz als Kulturzentren genommen hat, die Geschichte des Deuschtums in Kopenhagen. Um sie haben sich die nach der Reformationszeit verfolgten Deutschen gesammelt, und ihre Vorkämpfer haben in der Zeit des Nationalismus, als Dänemark begierig die deutsche Kunst und Dichtung aufnahm, alle die deutschen Dichter, Dichter und Staatsmänner, die zeitweise am dänischen Hof wirkten. In ihrer Kapelle ist auch das Grab Struensees, des hingestiegenen dänischen Kanzlers Dänemarks im 18. Jahrhundert und Männer wie Klaproth, Gerstenberg, Wislond und Cramer haben in der Petri-Gemeinde gewohnt. Heute ist das Deuschtum in Kopenhagen verstreut, und nur ein kleiner Stamm hält noch zur Kirche, während die gesamte deutsche Bevölkerung Kopenhagens sich in unzählige deutsche Vereine verteilt, die zum größten Teile im Verborgenen liegen. Die deutschen Sozialdemokraten sammelten sich im Verein „Vorwärts“. Die Petri-Gemeinde hat jedoch bis heute noch dadurch eine größere Bedeutung behalten, daß sich um sie die deutschen Schwestern in Kopenhagen, eine Realhause, eine Knabenwaisenschule und eine Mädchenwaisenschule, gruppieren.

Eine neue Zuckerpflanze. In den Wüstengebieten von Baragan wächst eine Pflanze, die einen Stoff enthält, der hundertmal so süß ist wie bestes Zuckerrohr. Die wissenschaftliche Forschung ist gegenwärtig damit beschäftigt, nachzuprüfen, ob diese Eigenschaft nicht der modernen Ernährung nutzbar gemacht werden kann. Die betreffende Pflanze gehört zu der großen Familie der Kompositen, deren bekannteste Angehörige bei uns Sonnenblumen und Kahltriebe sind. Die ihr eigentümliche Süßigkeit ist kein Zucker, sondern vielmehr ein Glykosid, das dem der Süßholzwurzel ähnelt. Die Blätter der Pflanze werden getrocknet und aufgehäuft. Eine wertvolle Prife dieses Blätterwerts nützt zum Süßen der Speisen. Man löst die Blätter auch im Wasser und destilliert daraus einen süßen Likör, der die bemerkenswerte Eigenschaft besitzt, nicht in Gärung zu geraten. Die Verwendungsmöglichkeiten der Pflanze sind in Wahrheit unbegrenzt. Insbesondere aber bietet sie für Zuckertrank einen natürlichen Süßstoff, der die Unzuträglichkeiten des Zuckers vermeidet. Natürlich bedarf es erst noch ausgedehnter Versuche, um die völlige Unschädlichkeit der Pflanze verbürgen zu können. Sie hat perennierende Wurzeln, so daß der Stengel abgeerntet werden kann, ohne daß die Lebensfähigkeit der Pflanze gefährdet wird.

Wissenschaften. Sonntag den 15. 10 Uhr vorm., haben wissenschaftliche Vorträge durch Direktionsbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Nähe Invaliden Mitte alter) — Dr. Volbach — und in der Sammlungs der deutsche Volkshunde (Klosterstraße 36) — Prof. Brunner — statt. Aufhänger um 50 H. sind vor Beginn am Eingang der amnesten Museen in belächelnder Anzahl erschienen.

Walter von Molo hat am Mittwoch den 25., abends 8 Uhr, im Saal des Berliner Rathens auf Einladung H. R. Speths aus seinem Romanmanuskript „Bodenmat“.

Carl Toller hat seine wertvolle Vorkampfte beendet und eine große Gedichtsammlung nach dem Leben angeordnet. Anfang April wird er der Einweihung der Universität Jerusalem beiwohnen.

hat offensichtlich die traditionelle Linie der englischen Politik wieder aufgenommen, deren Ziel es stets war, die Hegemonie über Europa anzustreben. Diesem Ziel steht die englische Arbeiterklasse feindselig gegenüber. Doch ihre Zurückdrängung von der Regierungsgewalt hat es vorläufig verhindert, daß an die Stelle der rein egoistischen britischen Politik eine in der Richtung einer überstaatlichen Organisation der Völker sich entwickelnde europäische Politik gesetzt wurde.

Die Debatte in Genf.

Genf, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbund setzte im Anschluß an die Rede Briands am Donnerstag nachmittag die Debatte über den Genfer Pakt fort. Die Vertreter Spaniens und Japans erklärten die grundsätzliche Bereitschaft ihrer Länder, an dem Friedenswerk mitzuarbeiten, ohne jedoch über das Protokoll verbindende Erklärungen abzugeben. Der italienische Vertreter äußerte, daß keine Regierung den Abschluß von Sonderverträgen ablehne und nur einer auf breiter Basis aufgebauten Garantiepakt zustimmen könne. Ähnliche Mitteilungen wurden von den Regierungsvertretern der kleineren Staaten gemacht. Der tschechische Außenminister wird sich zu dem aufgeworfenen Problem erst am Freitag äußern. Der Rat beabsichtigt dann in einer formellen Erklärung die Beschlüsse der Ratsmitglieder zusammenzufassen und der Vollversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Enttäuschung und Kritik in Paris.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Donnerstagmorgen von Chamberlain in Genf abgegebene Erklärung über die Ablehnung des Protokolls durch die englische Regierung lag am Abend nur in sehr summarischen Auszügen vor. Die Enttäuschung der Presse ist aber bereits jetzt ungewöhnlich groß. Die Stellungnahme der Blätter erfolgt mit einer scharfen Spitze gegen die englische Regierung, die des nationalen Egoismus beschuldigt wird. England, so schreibt die „Information“, schiene zu seiner traditionellen Politik zurückkehren zu wollen, deren Ziel es sei, dem Londoner Kabinett die Rolle des Schiedsrichters über Europa vorzubehalten. Nur weil die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit diese englischen Ambitionen durchkreuze, lehne England das Genfer Protokoll ab. Inwiefern täusche man sich in London, wenn man glaube, im Europa von heute ohne weiteres zu

den politischen Konzeptionen der Vorkriegszeit zurückkehren zu können. Auf der Vollversammlung des Völkerbundes im Herbst werde das Problem der Sicherheit, der Abrüstung und der Schiedsgerichtsbarkeit wiederum aufgeworfen werden, und dann werde England Farbe bekennen müssen. Der „Temps“ glaubt, daß, wenn man auch in Genf für das Begräbnis des Protokolls die äußere Form der Betrugung wählen werde, man sich darüber nicht hinwegtäuschen lassen dürfe, daß das Protokoll tatsächlich zu existieren aufgehört habe. Denn es könne heute niemand voraussehen, wie sich das Problem der Sicherheit und der Abrüstung bis zum nächsten Herbst entwickeln werde. Die dadurch geschlossene Lage sei außerordentlich ernst.

Kammerdebatte in Sizhi.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Kammerfraktion beriet am Donnerstag vormittag über die Sicherheitsfrage und das Genfer Protokoll. Anlässlich der Erklärungen Chamberlains und Briands, die in ihren Grundzügen bereits Donnerstag früh hier bekannt waren, regten einige Mitglieder der Fraktion an, in der Kammer eine öffentliche Debatte darüber herbeizuführen, in der die Regierung ihre Haltung präzisere, dies von der Voraussetzung aus, daß Herriot den Prinzipien, die er selbst und Paul Boncour im September in der Vollversammlung des Völkerbundes entwickelt haben, treu bleiben werden. Es wurde eine Delegation zu Herriot entsandt, um mit diesem über die Opportunität einer derartigen Interpellation und über die Festlegung des Zeitpunkts dafür zu beraten. Sie soll gegebenenfalls von Paul Boncour eingebracht und auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt werden, sobald die Session des Völkerbundes in Genf beendet sein wird.

Die Saarfrage.

Zurückziehung der französischen Truppen.

Saarbrücken, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die nach Genf zur Tagung des Völkerbundes entsandene Abordnung der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags für das Saargebiet hat nach Hause telegraphisch, daß im Völkerbund eine Einigung über die Zurückziehung der französischen Militärs aus dem Saargebiet erfolgt sei, wonach im Laufe des Jahres 1925 alle französischen Truppen das Saargebiet verlassen sollen. Schon in den nächsten Wochen werden 500 Mann französischer Truppen aus dem Saargebiet abberufen werden.

Scheidemann e's Zeuge.

Lütgebrunnes törichte Fragen.

B. S. Magdeburg, 13. März 1925.

Der Magdeburger Freie bringt heute wieder eine Reihe wichtiger Zeugenaussagen, und zwar sind für heute vornehmlich die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann (Köln), Dittmann und Hermann Müller-Franken als Zeugen über die Vorgänge anlässlich des Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 geladen.

Zunächst begann der heutige vierte Verhandlungstag mit der Zeugenaussage des Sekretärs der Arbeiterbildungsvereine, Richard Weimann, der zur Zeit des Munitionsarbeiterstreiks Redakteur des „Vorwärts“ war. Auch er bestätigte, daß die SPD nur zu dem Zweck der Streikleitung damals beigegeben sei, um der Bewegung ein schnelles Ende zu bereiten. Der Zeuge schildert dann auch den Verlauf der Treptower Verhandlung, an der er, in der Nähe des damaligen Abgeordneten Ebert stehend, teilgenommen hatte. Nach seiner Auffassung sei es so gut wie ausgeschlossen, daß Ebert damals gelobt haben könnte, Bestimmungsbefehle sollte keine Folge geleistet werden. Eine solche Abwendung wäre ihm bestimmt so unvorstellbar, daß er sich auch heute noch daran erinnern würde. Tatsache sei, daß Ebert wiederholt von der unzufriedenen Menge mit Jurensen wie „Streikführer“ usw. unterbrochen worden sei. Zum Schluß habe dann der verstorbene Reichspräsident zur Befreiung aufgefordert. — Vorl.: Ist Ihnen bekannt, ob Ebert zu längerem Ausharren im Streik aufgefordert hat? — Zeuge: Daran kann ich mich absolut nicht erinnern. — R. A. Dr. Lütgebrunne: Hat Ebert in seiner Rede im Treptower Park recht auch gesagt, die Bewegung dürfe nicht mit tumultuarischen Vorgängen um ihren eigentlichen Charakter und Zweck gebracht werden. — Zeuge: Das ist wohl möglich.

Dann wurde

Oberbürgermeister Scheidemann-Köln

als Zeuge vernommen. Vorl.: Worüber haben Sie vor dem 25. Januar 1918 bekannt, daß ein Streik der Rüstungsarbeiter bevorsteht? — Zeuge: Nein, weder mir, noch der Parteileitung war davon etwas bekannt. Ueber die Möglichkeit einer Ausdehnung des österreichischen Munitionsarbeiterstreiks auf Deutschland wurden mir erst durch Handzettel kaiserlicher Kreise unterrichtet, die der Abgeordnete Raumann in einer Ausschussung des Reichstages vorlegte. Scheidemann äußerte sich dann zu den

Verhandlungen der Vertrauensleute mit dem Parteivorstand.

Der Vorstand der SPD. habe teilweise Neigung gehabt, sich an der Bewegung zu beteiligen. Erst auf wiederholtes Drängen der Vertrauensleute habe sich der Parteivorstand auf diesem Schritt entschlossen, um den Streik möglichst schnell zu beendigen. Mit erheblicher Stimme betonte Scheidemann in diesem Zusammenhang: „Vertrauensleute haben während des ganzen Krieges nicht eine Rolle für uns gespielt. Wir haben es sogar zur Spaltung der Partei kommen lassen, weil wir die Interessen der Landesverteidigung nicht aufgeben wollten.“ Im Anschluß an die Konferenz mit den Vertrauensleuten fand noch beim Parteivorstand eine Besprechung statt, bei der über sich sehr erregt über den Streik zeigte, den er auf das entschiedenste mißbilligte. Nach unserem Eintritt in die Streikleitung haben wir uns zunächst einmal mit einer Resolution der Streikforderungen befaßt, die von uns nicht gebilligt wurden. Ebenso wollten wir auch die Zusammenlegung der Streikleitung einer Nachprüfung unterziehen. Es wurde dann auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht richtig sei, sich zunächst mit Staatssekretär Wallraf in Verbindung zu setzen. — Vorl.: Ist Ihnen das Streikverbot des Oberkommandos am Abend dieses Tages aufgestellt worden? — Zeuge Scheidemann: Das kann ich nicht mehr sagen. — Vorl.: Ist am 29. Januar 1918 in der Reichsausgabe des „Vorwärts“ ein Bericht über den Streik erschienen? — Scheidemann: Das weiß ich nicht. — Vorl.: Sie selbst stehen dem Artikel die Forderungen der Arbeiter fern? — Scheidemann: Selbstverständlich. Ich weiß nur, daß der Verfasser dieses Artikels sich selbst genannt hat, als gegen den verantwortlichen „Vorwärts“-Redakteur ein Landesparlamentarier eingeleitet wurde.

Scheidemann schilderte dann den mehrfachen Versuch der Streikleitung, sich mit Staatssekretär Wallraf in Verbindung zu setzen. Der Staatssekretär habe sich so benommen, wie es noch nie bei einem Minister der Fall gewesen sei. Er habe den Parteiführern sagen lassen, er könne sie zusammen mit Anhängern der Streikleitung nicht empfangen, sondern nur allein. In der Haltung Wallrafs hätten auch nichts die Bemühungen geändert, die von dem zufällig angewendeten christlichen Gewerkschaftler Gierberts unternommen wurden. Wallraf habe vielmehr sowohl in diesen Tagen wie auch später auf seinem ablehnenden Standpunkt beharrt.

Auf einen Vorhalt des Vorlesenden aus dem Buch Scheidemanns „Der Zusammenbruch“ antwortete der Zeuge: Ich kann nicht auf jedes Wort dieses Buches festgelegt werden, da dieses Buch inner-

halb von 12 Tagen in einer vorregneten Sommerfrische zusammengelesen ist.

R. A. Dr. Lütgebrunne: Die spontane erfolgte Niederschrift scheint mir der Beweis für die unbeabsichtigte Sicherheit der darin enthaltenen Angaben zu sein.

Scheidemann erwähnte dann die bereits gestern verlesene Rede Eberts vom 22. Oktober 1918, in der dieser mit Exzesse für die Verflechtung der Arbeiterklasse zur Sicherung des Verteidigungswillens eintrat. Scheidemann erklärte hierzu, er halte es für

grundsätzlich unzulässig, Ebert den Vorwurf des Landesverrats zu machen.

Im Anschluß hieran erfolgten weitere Vorhaltungen des Vorlesenden an den Zeugen aus dessen Buch „Der Zusammenbruch“. — Vorl.: Sie haben in Ihrem Buch von einem guten Verlauf des Streiks gesprochen. Was verstehen Sie unter „gut“? — Zeuge Scheidemann: Unter einem guten Verlauf verstand und verstand ich einen Verlauf ohne Gewalttätigkeiten und ohne Bürgerkrieg. — Vorl.: Sie sprechen ferner davon, daß es zu Verhandlungen mit der Regierung kommen mußte, wenn der Streik nicht lang und langlos zusammenbrechen sollte. Ist das nicht so zu verstehen, daß man mit der Regierung verhandeln wollte, um wenigstens einige Forderungen durchzusetzen? — Scheidemann: Ein Streik kann unter Umständen auch dann als erfolgreich gelten, wenn die Arbeiter ohne äußere Erfolge gescheitert wieder in die Betriebe gehen. — Vorl.: Weiter heißt es: Der Streik war ein schwerer Schlag für die Regierung und die Vaterlandspartei. Er hätte aber ein vernichtender Schlag sein können. — Zeuge: Ich habe 1920, als ich das Buch schrieb, nicht anders gedacht als 1918. Ich habe aber zu, daß in dem Buch einige Formulierungen nicht ganz glücklich sind.

Als darauf das in Frage kommende Kapitel des Scheidemannschen Buches verlesen wurde, erklärte der Zeuge, daß ihm jetzt der Sinn der betreffenden Stelle klar sei. Der Ausdruck „vernichtender Schlag“ sei der

Schluß einer Votum mit den Unabhängigen.

deren Streikstatist er in seinem Buch als verfehlt bezeichnet habe. Dieser Ausdruck „vernichtender Schlag“ sei also nur vom Standpunkt der Unabhängigen auszusprechen.

Der Vorlesende lenkte dann die Erörterungen auf das bekannte Flugblatt, das die Arbeiter zum Eintritt in die Streikbewegung aufforderte, und das, wie Scheidemann angab, von dem Abgeordneten Dittmann verfaßt worden sei. Dann verlas der Vorlesende eine Resolution des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 29. Januar 1918, in der zunächst festgelegt wird, daß sich die Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richte, und in der es weiter heißt:

„Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter in die Streikleitung war die Gewehr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßnahmen verzichtet und Forderungen erfüllt, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden.“

Zu dieser Resolution erklärte Scheidemann: Mir scheint, die Resolution als Extrakt zweier Denkschriften der Kronprinzen von Preußen und von Bayern zu sein, die schon 1917 unter Hinweis auf die Blutopter, die allgemeine Not und die Unmöglichkeit einer Offensthe eine vernünftige Beendigung durch Verständigung mit Rußland ohne Annexion forderte. Der Ausschuss wollte also zeigen, daß unsere Einstellung die gleiche war von beiderseitsen Munitionsarbeiter bis zum Kronprinzen von Preußen hinaus. Im übrigen glaube ich zu wissen, daß die Haltung des unglücklich beratenen Wallraf auf einen Wink der Obersten Kommandos zurückzuführen ist, der weniger an einer geordneten Munitionsfuhr als daran lag, die Arbeiter klein zu kriegen. Ich verweise auf die Mitteilungen des Geschäftsträgers des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Dr. Ludwig Herz, im „Acht-Uhr-Abendblatt“.

R. A. Dr. Lütgebrunne: Sie haben den Vorhalt des Vorlesenden ausweichend dahin beantwortet, daß die Forderungen des Parteiausschusses identisch mit denen zweier Kronprinzen seien. Er kommt jetzt aber darauf an, daß sie vorher erklärt haben, der Zweck des Eintritts in die Streikbewegung sei der gewesen, die Arbeiterklasse sofort wieder einheitlich in die Betriebe zu bekommen. Wie steht damit die Resolution in Zusammenhang, daß Voraussetzung dafür die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Streikenden war? — Scheidemann: Das ist kein Widerspruch, sondern das entspricht sich. Die Forderungen sollten durchgesetzt werden, dann war der Streik beendet.

Die letzten Verhandlungen der Eisenbahner.

Schiedspruch oder Kampf.

„Heute morgen um 10 Uhr ist im Reichsarbeitsministerium das Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schiedsgericht unter Vorsitz von Oberregierungsrat Mewes zusammengetreten, um im Tarifstreik der Eisenbahner einen Schiedspruch zu fällen. Die Organisationsvertreter trugen noch einmal ihre ursprünglichen Forderungen vor. Die Vertreter der Reichsbahnhauptverwaltung bekamen es fertig, trotz der todernten Situation im Eisenbahnbetrieb die Forderungen wiederum abzulehnen. Ob das Schiedsgericht zu einem für die Organisationen tragbaren Spruch kommen wird, ist durchaus noch ungewiß. Der Spruch des Schiedsgerichtes ist erst in den späten Nachmittagsstunden zu erwarten. Bis dahin und bis zu einer anderweitigen Beschlußfassung durch die Eisenbahnerorganisationen gilt die Vereinbarung, daß von einer Verschärfung des Kampfes abgesehen wird.“

Die Folgen des Eisenbahnerstreiks.

Dresden, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksleitung des DGB teilt mit: Im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden machen sich die Störungen des Wirtschaftslbens durch die von der Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden allerdings immer noch entscheidend bestrittene Bahnlegung des Güterverkehrs immer mehr bemerkbar. Zum Beispiel hat die Spinnerlei Wüch in Verdau rund 600 Arbeiterinnen aussetzen lassen müssen, da infolge des Eisenbahnerstreiks keine Rohstoffe herankommen. Des weiteren werden in Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen keine Güter mehr für Sachsen angenommen. Im übrigen ist die Streiklage im Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen un verändert und der Kampfeswille der Eisenbahner ein ausgezeichneter.

Die Eisenbahn hat Geld.

Für die Waggonbau-Industrie sind — nach der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Börsen-Courier“ — Staatsaufträge in Sicht. Die maßgebenden Stellen würden sich dem

Die Beamten fordern.

Die unteren und mittleren Beamten waren am Donnerstag mehrmals zu einer vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einberufenen Versammlung erschienen, in der Döbling vom Bundesvorstand über die Verschleppung der versprochenen Gehaltsaufbesserung sprach.

Die im November v. J. gewährte Gehaltserhöhung für die unteren Klassen in Höhe von 12% Proz. wurde von den Beamten als ein Schlag ins Gesicht empfunden, weil gerade ihre Notlage am größten ist. Auf die Eingaben der Beamtenorganisationen an das Reichsfinanzministerium wurde erwidert, daß das Reich arm sei, und daß aus den mageren Erträgen der Steuern nichts für die Beamten übrig bleibe. — Die Beamtenfreundlichkeit der Parteien bei der Reichstagswahl hätte im neuen Reichstag zu einer wahren Antragsflut geführt. Damit schenken aber auch die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien für die Beamten erschöpft zu sein. Erst nachdem die Spitzenorganisationen auf Drängen des ADB mit der Parlamentsleitung selbst in Verbindung getreten waren, wurden die Anträge dem fünften Unterausschuß überlesen. Wertwürdigerweise sparte sich der Deutsche Beamtenbund gegen eine Weiterverfolgung der Angelegenheit. Das Vorstandsmitglied des DGB, Reichstagsabgeordneter Morath, erklärte später im Unterausschuß in einer Sitzung, daß die Behandlung der Besatzungsfragen nicht so dringend sein könne, da ja selbst der Deutsche Beamtenbund seine versprochene Denkschrift noch nicht eingereicht habe.

Wenn man bedenkt, daß die Regierung mit der Auszahlung des 700-Millionengeldes an die Ruhrindustrie alle Hände voll zu tun hätte, kann man es verstehen, daß sie hinten herum die ihnen ergebenden Organisationen zur Mäßigung mahnen ließ. Die Mitteilungen des Abgeordneten Morath führten dann auch in dem Unterausschuß zu einer Vertagung der Angelegenheit, und nur der Initiator der sozialdemokratischen Betreuer ist es zu danken, daß wenigstens ein Antrag eingebracht wurde, die 12% Proz. Zulage auf 20 Proz. zu erhöhen. Dieser Antrag wird in den nächsten Tagen zur Beratung stehen.

Inzwischen wird sich die famose Denkschrift des Herrn von Schlaben über die Besatzungsfragen auf die bürgerlichen Parteien ausgewirkt haben. Sehr zurechtend bemerkte Döbling, daß es bei dem Kampf der Beamten gilt, die Absichten der Schwerindustrie abzumehren. Wie weit der Einfluß der Schwerindustrie und ihrer Organe geht, beweist am besten der Kampf der Eisenbahner. Die Abwälzung der Dames-Kosten auf die Arbeiter und unteren Beamten, die Herabsetzung ihres Lebensniveaus unter die Vorkriegszeit ist das Ziel dieser mächtigen Interessentengruppe im deutschen Volk. Deshalb ist der Kampf der Eisenbahner auch der Kampf der Beamten.

Nach einer eingehenden Aussprache, in der auch ein Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes über den Streit sprach, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die auf den Ruf des ADB zur Protestkundgebung versammelten Beamten erklären, daß die Not in den unteren und mittleren Besatzungsgruppen eine vom 1. März ab wirkende erhebliche Gehaltsaufbesserung verlangt. Die Beamten erheben energischen Protest gegen die systematische Verschleppung der versprochenen Gehaltserhöhung. Mit Entzückung nehmen die Versammelten davon Kenntnis, daß die Regierung, nachdem sie 4 Goldmillarden an die Ruhrindustriellen verteilt hat, vorgibt, kein Geld für die Beamten zu haben. Die Versammelten begehren den unverzüglichen Kampf der Eisenbahner, versprechen den kämpfenden

nächst mit der Auftragserteilung befaßt. In Erwartung dieser Aufträge haben die Interessenten sich zu einer unerbittlichen Besprechung über eine Preiskonvention zusammengefunden, die jedoch zu keinem Ergebnis geführt hat, so daß freier Wettbewerb bleibt. Auch ohnedem werden die Waggonbaufirmen ihre Interessen der Reichsbahn gegenüber zu wahren wissen, zumal sie auf weitestgehendes Entgegenkommen rechnen dürfen. Der Waggonbauindustrie, die darüber klagt, daß sie seit rund zwei Jahren keine nennenswerten Aufträge bekommen habe, sind Aufträge zu gönnen. Wären die Reichsbahn kann nach dieser Mitteilung nicht mehr behaupten, daß ihr die Mittel zu Lohnaufbesserungen fehlten.“

Küdigkeit und Verschwendung der Reichsbahn.

Gegenüber dem offiziellen Dementi, das wir im gestrigen Morgenblatt veröffentlichten, halten wir unsere Behauptungen vollinhaltlich aufrecht. Die Gesamtsumme von 240000 M. jährlich, die der Generaldirektor der Reichsbahn bezieht, setzt sich zusammen aus Gehalt, Wohnungsgeld, Ortszulage, Ministerzulage, Leistungszulage und Reisekostenzuschüssen. Wenn in dem offiziellen Dementi behauptet wird, daß die 5000 M., die für den Entwurf der Wohnungseinrichtung des Generaldirektors der Reichsbahn gezahlt wurden, sich auf die Verrichtung von Diensträumen beziehen, so wird hier ein Spiel mit Worten getrieben. Es handelt sich um die Dienstwohnung des Generaldirektors mit der die Diensträume in Verbindung stehen. Die Tatsache, daß man Bestimmungswidrig den Präsidenten und höheren Beamten, die Inhaber von Dienstwohnungen sind, trotzdem das Wohnungsgeld ausbezahlt hat, verurteilt auch das offiziöse Dementi nicht zu bestreiten, ebensowenig die Tatsache, daß die „ehrenamtlichen“ Mitglieder des Verwaltungsrats außer den Sitzungsgeldern eine Jahrespauschale von 24000 M. erhalten.

moralische und finanzielle Kampfunterstützung und geloben, falls der Kampf sich ausbreiten sollte, vollste Sympathie.“

Gegen die Zurücksetzung der Techniker.

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichstages erneut auf die Tatsache, daß die deutsche Technikerschaft noch immer in ihrem Arbeitsrecht, ihrem Schulwesen und ihrer sozialen Stellung gegenüber anderen Berufsständen zurückgesetzt ist. Die deutsche Technikerschaft ist gewillt, dem Ziele einer allgemeinen Entwicklung der Technik zu einem Höchststande zu dienen und technisches Denken auf allen Gebieten der Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung herrschend zu machen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Träger der Technik, die technischen Angestellten und Beamten wirtschaftlich und sozial von der heute auf ihnen lastenden Zurücksetzung und Niederhaltung befreit werden.

Der Vorstand des Bundes verweist erneut auf die von seinem vierten ordentlichen Bundestage im September 1924 aufgestellten, der Reichsregierung und den Fraktionen des Reichstages zugewandenen Forderungen der deutschen Techniker an die Gesetzgebung.

Als besonders vordringlich sind folgende, gesetzgeberisch ohne Schwierigkeiten durchzuführende Regelungen zu bezeichnen:

1. Beseitigung des Ausnahmestandes, unter das die technischen Betriebsangestellten erneut wieder durch die Verordnung über die Arbeitszeit in Kokerien und Hochöfen vom 30. Januar 1923 gestellt worden sind, indem diese Verordnung dem Wortlaut nach nur auf Arbeiter, nicht aber auf die unter den gleichen Schädigungen arbeitenden technischen Aufsichtspersonal, Bezug hat.

2. Arbeitsrechtlich ist die durch nichts gerechtfertigte Schlechterstellung der Techniker bezüglich der Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen (§ 133c, Abs. 2 der Gewerbeordnung) zu beseitigen und das Recht des Wettbewerbsverbotss zum mindesten analog den Bestimmungen der §§ 74 bis 75 i. d. F. des Handelsgesetzbuches zu regeln.

3. Das Patentrecht und das Erfinderrechts wurden schon von dem letzten Reichstage der Vorkriegszeit als dringend der Reform bedürftig anerkannt. Insbesondere bedarf es auf folgenden Gebieten schleuniger Abänderung:

a) Das Patentrecht bedarf der Vereinfachung durch Beseitigung der in der Inflationszeit entstandenen zahlreichen Nebengebühren und der Herabsetzung der Gebühren auf das für die Zwecke des Patentamtes erforderliche Maß. Die an sich berechnete Anteilnahme des Staates an den aus Patenten erzielten Gewinnen ist nicht auf dem Wege der Erhebung von Gebühren, sondern durch die allgemeine Besteuerung herbeizuführen. b) An die Stelle des Invenierrechts ist das Erfinderrechts zu setzen und durch zwingende Vorschriften der Erfinderlohn — auch bei Geheimverfahren — zu sichern. c) Die in öffentlichen Dienst stehenden Techniker sind bezüglich des Erfinderrechts und Urheberrechts denen in privaten Betrieben gleichzustellen. d) Das Patentrecht ist für die Feststellung der Urhebererschaft bei Erfindungen für zuständig zu erklären. e) Für Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage, die sich auf Erfinderrechts- und Urheberrechte beziehen, müssen die Arbeitsgerichte zuständig sein.

4. In der Arbeitsgerichtsbarkeit sind die technischen Angestellten gegenüber den kaufmännischen Angestellten, die seit

langem fachliche Sondergerichte besitzen, durch die Zusammenfassung mit den verschiedenartigen Berufsgruppen noch immer zurückgesetzt. Sie verlangen die Schaffung selbständiger, nicht den ordentlichen Gerichten angegliederter Arbeitsgerichte auf praktischer Grundlage mit fachlicher und beruflicher Gliederung.

5. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist auf die immer noch bestehende Schlechterstellung des technischen Schulwesens gegenüber anderen Schularten zu richten. Bei dem Umfange und Grobe des heute durch die Schulen zu vermittelnden technischen Wissens muß von den gelehrenden und verwaltenden Körperschaften größeres Verständnis für die Bedeutung des technischen Schulwesens erwartet werden. Insbesondere ist das technische Fachschulwesen organisch in das einheitliche öffentliche Schulwesen als gleichberechtigtes Glied einzufügen.

Ferner ist die technische Fachschulaufsicht unter Hinzuziehung von technischen Dienstnehmern aus privaten und öffentlichen Betrieben schleunigst durchzuführen, um auf diese Weise bestehenden Mängeln auf dem Gebiete des privaten Schulwesens entgegenzutreten und eine einheitliche, gezielte Entwicklung zu gewährleisten.

6. Die Zurücksetzung der Techniker gegenüber den Juristen und Verwaltungsbeamten, insbesondere beim Aufstieg in höhere Stellen, ist die Hauptursache für die Schwermüdigkeit und Rückständigkeit auf weiten Gebieten der öffentlichen Verwaltung. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichstages auf die erneut vorfindende Tendenz zur Schaffung von Privilegien und Bildungsmonopolen und fordert sie auf, dem entgegenzutreten und ausschließlich das wirklich in der Praxis erprobte Können für die Besetzung aller Stellen maßgebend sein zu lassen.

Die Ahnungslösen.

Unsere Feststellung, daß es sich bei dem Streik der Maschinisten und Heizer von Wassei und Schwarzkopf nicht um eine von der Organisation unternommene Bewegung handelt, sondern um einen müden Streik, der ohne Kenntnis der gewerkschaftlichen Organisationen ertürrt wurde, sucht die „Kote Fahne“ zu widerlegen, indem sie zitiert, was wir über den Streik in der — A. G. H. n. g. s. — d. o. r. i. s. c. r. i. b. e. Diese „Beweisführung“ strahlt wieder einmal den bekannten Ben Kliba Lügen. Daß die Dinge bei Wassei und Schwarzkopf sich tatsächlich so abgespielt haben, wie wir sie schilderten, und damit der Kommentar des Volkswirtschaftlers nur höchstens dessen Unkenntnis über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung beweist, wird nicht abzustreiten versucht.

Der Tarifvertrag der Leitergerüster gekündigt.

Eine gut besuchte Versammlung der Leitergerüster Berlins, organisiert im Deutschen Verkehrsband, beschloß nach einem Referat von Sydow und anschließiger Debatte, den Tarifvertrag zum 25. März zu kündigen. Als neue Forderungen sind aufgestellt: Verkürzung der Arbeitszeit auf 47 Stunden die Woche, Erhöhung der Löhne und Urlaub, sowie Aufnahme sozialer Bestimmungen, besonders § 616. Die Forderungen sind den Arbeitgebern zugestellt. An diesen wird es nun liegen, ob es zu einer Verständigung kommen soll.

Anschließend erfolgte die Neuwahl der Branchenteilung; die bisherige ist mit einigen Ergänzungen wiedergewählt.

Der Kampf im bayerischen Brauergewerbe.

München, 13. März. (M. B.) Der Konflikt im Brauergewerbe hat sich erneut verschärft. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des kürzlich gefällten Schiedspruches wurde von der Arbeitnehmererschaft zurückgezogen. Die Arbeitnehmererschaft des Brauergewerbes teilt zu der Angelegenheit mit, daß die Zurückziehung erfolgte, weil der Teil des Schiedspruches, durch den eine Maßregelung der Arbeiterchaft ausgeschlossen werden sollte, vom Sozialministerium nicht für verbindlich erklärt wurde. Die Arbeitnehmer haben hierauf die Streikparole ausgegeben.

Metallarbeiterstreik in der Lombardei.

Rom, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) In Brescia befinden sich die Metallarbeiter schon seit einigen Tagen in einem Lockstreik, der bisher ohne politische Bedeutung war. Die Leitung lag in den Händen faschistischer Gewerkschaften. Seit Donnerstag morgen haben nun die freien Gewerkschaften den allgemeinen Metallarbeiterstreik für die ganze Lombardei erklärt, da auch in ihren Reihen seit einiger Zeit eine starke Strömung für den Streik herrscht.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Am Sonntag, in der Zeit von 9-11 Uhr, findet im Gewerkschaftsraum, Engelstr. 24, Saal II, die Auszahlung der Streikunterstützung statt, wo auch mit der die streikenden Eisenbahner, welche dem DGB angehören, über alle Unklarheiten in die Streikfragen des DGB eingetragt zu sein. Wir bitten folgende Einstellung zu beachten und sich hierzu halten zu lassen: 9-10 Uhr, DGB und Saal 10-11 Uhr, RDB und Saal 11-12 Uhr, DGB und Saal 12-13 Uhr, DGB, DGB und Saal 13-14 Uhr, DGB und Saal 14-15 Uhr, DGB und Saal 15-16 Uhr, DGB und Saal 16-17 Uhr, DGB und Saal 17-18 Uhr, DGB und Saal 18-19 Uhr, DGB und Saal 19-20 Uhr, DGB und Saal 20-21 Uhr, DGB und Saal 21-22 Uhr, DGB und Saal 22-23 Uhr, DGB und Saal 23-24 Uhr, DGB und Saal 24-25 Uhr, DGB und Saal 25-26 Uhr, DGB und Saal 26-27 Uhr, DGB und Saal 27-28 Uhr, DGB und Saal 28-29 Uhr, DGB und Saal 29-30 Uhr, DGB und Saal 30-31 Uhr, DGB und Saal 31-32 Uhr, DGB und Saal 32-33 Uhr, DGB und Saal 33-34 Uhr, DGB und Saal 34-35 Uhr, DGB und Saal 35-36 Uhr, DGB und Saal 36-37 Uhr, DGB und Saal 37-38 Uhr, DGB und Saal 38-39 Uhr, DGB und Saal 39-40 Uhr, DGB und Saal 40-41 Uhr, DGB und Saal 41-42 Uhr, DGB und Saal 42-43 Uhr, DGB und Saal 43-44 Uhr, DGB und Saal 44-45 Uhr, DGB und Saal 45-46 Uhr, DGB und Saal 46-47 Uhr, DGB und Saal 47-48 Uhr, DGB und Saal 48-49 Uhr, DGB und Saal 49-50 Uhr, DGB und Saal 50-51 Uhr, DGB und Saal 51-52 Uhr, DGB und Saal 52-53 Uhr, DGB und Saal 53-54 Uhr, DGB und Saal 54-55 Uhr, DGB und Saal 55-56 Uhr, DGB und Saal 56-57 Uhr, DGB und Saal 57-58 Uhr, DGB und Saal 58-59 Uhr, DGB und Saal 59-60 Uhr, DGB und Saal 60-61 Uhr, DGB und Saal 61-62 Uhr, DGB und Saal 62-63 Uhr, DGB und Saal 63-64 Uhr, DGB und Saal 64-65 Uhr, DGB und Saal 65-66 Uhr, DGB und Saal 66-67 Uhr, DGB und Saal 67-68 Uhr, DGB und Saal 68-69 Uhr, DGB und Saal 69-70 Uhr, DGB und Saal 70-71 Uhr, DGB und Saal 71-72 Uhr, DGB und Saal 72-73 Uhr, DGB und Saal 73-74 Uhr, DGB und Saal 74-75 Uhr, DGB und Saal 75-76 Uhr, DGB und Saal 76-77 Uhr, DGB und Saal 77-78 Uhr, DGB und Saal 78-79 Uhr, DGB und Saal 79-80 Uhr, DGB und Saal 80-81 Uhr, DGB und Saal 81-82 Uhr, DGB und Saal 82-83 Uhr, DGB und Saal 83-84 Uhr, DGB und Saal 84-85 Uhr, DGB und Saal 85-86 Uhr, DGB und Saal 86-87 Uhr, DGB und Saal 87-88 Uhr, DGB und Saal 88-89 Uhr, DGB und Saal 89-90 Uhr, DGB und Saal 90-91 Uhr, DGB und Saal 91-92 Uhr, DGB und Saal 92-93 Uhr, DGB und Saal 93-94 Uhr, DGB und Saal 94-95 Uhr, DGB und Saal 95-96 Uhr, DGB und Saal 96-97 Uhr, DGB und Saal 97-98 Uhr, DGB und Saal 98-99 Uhr, DGB und Saal 99-100 Uhr, DGB und Saal 100-101 Uhr, DGB und Saal 101-102 Uhr, DGB und Saal 102-103 Uhr, DGB und Saal 103-104 Uhr, DGB und Saal 104-105 Uhr, DGB und Saal 105-106 Uhr, DGB und Saal 106-107 Uhr, DGB und Saal 107-108 Uhr, DGB und Saal 108-109 Uhr, DGB und Saal 109-110 Uhr, DGB und Saal 110-111 Uhr, DGB und Saal 111-112 Uhr, DGB und Saal 112-113 Uhr, DGB und Saal 113-114 Uhr, DGB und Saal 114-115 Uhr, DGB und Saal 115-116 Uhr, DGB und Saal 116-117 Uhr, DGB und Saal 117-118 Uhr, DGB und Saal 118-119 Uhr, DGB und Saal 119-120 Uhr, DGB und Saal 120-121 Uhr, DGB und Saal 121-122 Uhr, DGB und Saal 122-123 Uhr, DGB und Saal 123-124 Uhr, DGB und Saal 124-125 Uhr, DGB und Saal 125-126 Uhr, DGB und Saal 126-127 Uhr, DGB und Saal 127-128 Uhr, DGB und Saal 128-129 Uhr, DGB und Saal 129-130 Uhr, DGB und Saal 130-131 Uhr, DGB und Saal 131-132 Uhr, DGB und Saal 132-133 Uhr, DGB und Saal 133-134 Uhr, DGB und Saal 134-135 Uhr, DGB und Saal 135-136 Uhr, DGB und Saal 136-137 Uhr, DGB und Saal 137-138 Uhr, DGB und Saal 138-139 Uhr, DGB und Saal 139-140 Uhr, DGB und Saal 140-141 Uhr, DGB und Saal 141-142 Uhr, DGB und Saal 142-143 Uhr, DGB und Saal 143-144 Uhr, DGB und Saal 144-145 Uhr, DGB und Saal 145-146 Uhr, DGB und Saal 146-147 Uhr, DGB und Saal 147-148 Uhr, DGB und Saal 148-149 Uhr, DGB und Saal 149-150 Uhr, DGB und Saal 150-151 Uhr, DGB und Saal 151-152 Uhr, DGB und Saal 152-153 Uhr, DGB und Saal 153-154 Uhr, DGB und Saal 154-155 Uhr, DGB und Saal 155-156 Uhr, DGB und Saal 156-157 Uhr, DGB und Saal 157-158 Uhr, DGB und Saal 158-159 Uhr, DGB und Saal 159-160 Uhr, DGB und Saal 160-161 Uhr, DGB und Saal 161-162 Uhr, DGB und Saal 162-163 Uhr, DGB und Saal 163-164 Uhr, DGB und Saal 164-165 Uhr, DGB und Saal 165-166 Uhr, DGB und Saal 166-167 Uhr, DGB und Saal 167-168 Uhr, DGB und Saal 168-169 Uhr, DGB und Saal 169-170 Uhr, DGB und Saal 170-171 Uhr, DGB und Saal 171-172 Uhr, DGB und Saal 172-173 Uhr, DGB und Saal 173-174 Uhr, DGB und Saal 174-175 Uhr, DGB und Saal 175-176 Uhr, DGB und Saal 176-177 Uhr, DGB und Saal 177-178 Uhr, DGB und Saal 178-179 Uhr, DGB und Saal 179-180 Uhr, DGB und Saal 180-181 Uhr, DGB und Saal 181-182 Uhr, DGB und Saal 182-183 Uhr, DGB und Saal 183-184 Uhr, DGB und Saal 184-185 Uhr, DGB und Saal 185-186 Uhr, DGB und Saal 186-187 Uhr, DGB und Saal 187-188 Uhr, DGB und Saal 188-189 Uhr, DGB und Saal 189-190 Uhr, DGB und Saal 190-191 Uhr, DGB und Saal 191-192 Uhr, DGB und Saal 192-193 Uhr, DGB und Saal 193-194 Uhr, DGB und Saal 194-195 Uhr, DGB und Saal 195-196 Uhr, DGB und Saal 196-197 Uhr, DGB und Saal 197-198 Uhr, DGB und Saal 198-199 Uhr, DGB und Saal 199-200 Uhr, DGB und Saal 200-201 Uhr, DGB und Saal 201-202 Uhr, DGB und Saal 202-203 Uhr, DGB und Saal 203-204 Uhr, DGB und Saal 204-205 Uhr, DGB und Saal 205-206 Uhr, DGB und Saal 206-207 Uhr, DGB und Saal 207-208 Uhr, DGB und Saal 208-209 Uhr, DGB und Saal 209-210 Uhr, DGB und Saal 210-211 Uhr, DGB und Saal 211-212 Uhr, DGB und Saal 212-213 Uhr, DGB und Saal 213-214 Uhr, DGB und Saal 214-215 Uhr, DGB und Saal 215-216 Uhr, DGB und Saal 216-217 Uhr, DGB und Saal 217-218 Uhr, DGB und Saal 218-219 Uhr, DGB und Saal 219-220 Uhr, DGB und Saal 220-221 Uhr, DGB und Saal 221-222 Uhr, DGB und Saal 222-223 Uhr, DGB und Saal 223-224 Uhr, DGB und Saal 224-225 Uhr, DGB und Saal 225-226 Uhr, DGB und Saal 226-227 Uhr, DGB und Saal 227-228 Uhr, DGB und Saal 228-229 Uhr, DGB und Saal 229-230 Uhr, DGB und Saal 230-231 Uhr, DGB und Saal 231-232 Uhr, DGB und Saal 232-233 Uhr, DGB und Saal 233-234 Uhr, DGB und Saal 234-235 Uhr, DGB und Saal 235-236 Uhr, DGB und Saal 236-237 Uhr, DGB und Saal 237-238 Uhr, DGB und Saal 238-239 Uhr, DGB und Saal 239-240 Uhr, DGB und Saal 240-241 Uhr, DGB und Saal 241-242 Uhr, DGB und Saal 242-243 Uhr, DGB und Saal 243-244 Uhr, DGB und Saal 244-245 Uhr, DGB und Saal 245-246 Uhr, DGB und Saal 246-247 Uhr, DGB und Saal 247-248 Uhr, DGB und Saal 248-249 Uhr, DGB und Saal 249-250 Uhr, DGB und Saal 250-251 Uhr, DGB und Saal 251-252 Uhr, DGB und Saal 252-253 Uhr, DGB und Saal 253-254 Uhr, DGB und Saal 254-255 Uhr, DGB und Saal 255-256 Uhr, DGB und Saal 256-257 Uhr, DGB und Saal 257-258 Uhr, DGB und Saal 258-259 Uhr, DGB und Saal 259-260 Uhr, DGB und Saal 260-261 Uhr, DGB und Saal 261-262 Uhr, DGB und Saal 262-263 Uhr, DGB und Saal 263-264 Uhr, DGB und Saal 264-265 Uhr, DGB und Saal 265-266 Uhr, DGB und Saal 266-267 Uhr, DGB und Saal 267-268 Uhr, DGB und Saal 268-269 Uhr, DGB und Saal 269-270 Uhr, DGB und Saal 270-271 Uhr, DGB und Saal 271-272 Uhr, DGB und Saal 272-273 Uhr, DGB und Saal 273-274 Uhr, DGB und Saal 274-275 Uhr, DGB und Saal 275-276 Uhr, DGB und Saal 276-277 Uhr, DGB und Saal 277-278 Uhr, DGB und Saal 278-279 Uhr, DGB und Saal 279-280 Uhr, DGB und Saal 280-281 Uhr, DGB und Saal 281-282 Uhr, DGB und Saal 282-283 Uhr, DGB und Saal 283-284 Uhr, DGB und Saal 284-285 Uhr, DGB und Saal 285-286 Uhr, DGB und Saal 286-287 Uhr, DGB und Saal 287-288 Uhr, DGB und Saal 288-289 Uhr, DGB und Saal 289-290 Uhr, DGB und Saal 290-291 Uhr, DGB und Saal 291-292 Uhr, DGB und Saal 292-293 Uhr, DGB und Saal 293-294 Uhr, DGB und Saal 294-295 Uhr, DGB und Saal 295-296 Uhr, DGB und Saal 296-297 Uhr, DGB und Saal 297-298 Uhr, DGB und Saal 298-299 Uhr, DGB und Saal 299-300 Uhr, DGB und Saal 300-301 Uhr, DGB und Saal 301-302 Uhr, DGB und Saal 302-303 Uhr, DGB und Saal 303-304 Uhr, DGB und Saal 304-305 Uhr, DGB und Saal 305-306 Uhr, DGB und Saal 306-307 Uhr, DGB und Saal 307-308 Uhr, DGB und Saal 308-309 Uhr, DGB und Saal 309-310 Uhr, DGB und Saal 310-311 Uhr, DGB und Saal 311-312 Uhr, DGB und Saal 312-313 Uhr, DGB und Saal 313-314 Uhr, DGB und Saal 314-315 Uhr, DGB und Saal 315-316 Uhr, DGB und Saal 316-317 Uhr, DGB und Saal 317-318 Uhr, DGB und Saal 318-319 Uhr, DGB und Saal 319-320 Uhr, DGB und Saal 320-321 Uhr, DGB und Saal 321-322 Uhr, DGB und Saal 322-323 Uhr, DGB und Saal 323-324 Uhr, DGB und Saal 324-325 Uhr, DGB und Saal 325-326 Uhr, DGB und Saal 326-327 Uhr, DGB und Saal 327-328 Uhr, DGB und Saal 328-329 Uhr, DGB und Saal 329-330 Uhr, DGB und Saal 330-331 Uhr, DGB und Saal 331-332 Uhr, DGB und Saal 332-333 Uhr, DGB und Saal 333-334 Uhr, DGB und Saal 334-335 Uhr, DGB und Saal 335-336 Uhr, DGB und Saal 336-337 Uhr, DGB und Saal 337-338 Uhr, DGB und Saal 338-339 Uhr, DGB und Saal 339-340 Uhr, DGB und Saal 340-341 Uhr, DGB und Saal 341-342 Uhr, DGB und Saal 342-343 Uhr, DGB und Saal 343-344 Uhr, DGB und Saal 344-345 Uhr, DGB und Saal 345-346 Uhr, DGB und Saal 346-347 Uhr, DGB und Saal 347-348 Uhr, DGB und Saal 348-349 Uhr, DGB und Saal 349-350 Uhr, DGB und Saal 350-351 Uhr, DGB und Saal 351-352 Uhr, DGB und Saal 352-353 Uhr, DGB und Saal 353-354 Uhr, DGB und Saal 354-355 Uhr, DGB und Saal 355-356 Uhr, DGB und Saal 356-357 Uhr, DGB und Saal 357-358 Uhr, DGB und Saal 358-359 Uhr, DGB und Saal 359-360 Uhr, DGB und Saal 360-361 Uhr, DGB und Saal 361-362 Uhr, DGB und Saal 362-363 Uhr, DGB und Saal 363-364 Uhr, DGB und Saal 364-365 Uhr, DGB und Saal 365-366 Uhr, DGB und Saal 366-367 Uhr, DGB und Saal 367-368 Uhr, DGB und Saal 368-369 Uhr, DGB und Saal 369-370 Uhr, DGB und Saal 370-371 Uhr, DGB und Saal 371-372 Uhr, DGB und Saal 372-373 Uhr, DGB und Saal 373-374 Uhr, DGB und Saal 374-375 Uhr, DGB und Saal 375-376 Uhr, DGB und Saal 376-377 Uhr, DGB und Saal 377-378 Uhr, DGB und Saal 378-379 Uhr, DGB und Saal 379-380 Uhr, DGB und Saal 380-381 Uhr, DGB und Saal 381-382 Uhr, DGB und Saal 382-383 Uhr, DGB und Saal 383-384 Uhr, DGB und Saal 384-385 Uhr, DGB und Saal 385-386 Uhr, DGB und Saal 386-387 Uhr, DGB und Saal 387-388 Uhr, DGB und Saal 388-389 Uhr, DGB und Saal 389-390 Uhr, DGB und Saal 390-391 Uhr, DGB und Saal 391-392 Uhr, DGB und Saal 392-393 Uhr, DGB und Saal 393-394 Uhr, DGB und Saal 394-395 Uhr, DGB und Saal 395-396 Uhr, DGB und Saal 396-397 Uhr, DGB und Saal 397-398 Uhr, DGB und Saal 398-399 Uhr, DGB und Saal 399-400 Uhr, DGB und Saal 400-401 Uhr, DGB und Saal 401-402 Uhr, DGB und Saal 402-403 Uhr, DGB und Saal 403-404 Uhr, DGB und Saal 404-405 Uhr, DGB und Saal 405-406 Uhr, DGB und Saal 406-407 Uhr, DGB und Saal 407-408 Uhr, DGB und Saal 408-409 Uhr, DGB und Saal 409-410 Uhr, DGB und Saal 410-411 Uhr, DGB und Saal 411-412 Uhr, DGB und Saal 412-413 Uhr, DGB und Saal 413-414 Uhr, DGB und Saal 414-415 Uhr, DGB und Saal 415-416 Uhr, DGB und Saal 416-417 Uhr, DGB und Saal 417-418 Uhr, DGB und Saal 418-419 Uhr, DGB und Saal 419-420 Uhr, DGB und Saal 420-421 Uhr, DGB und Saal 421-422 Uhr, DGB und Saal 422-423 Uhr, DGB und Saal 423-424 Uhr, DGB und Saal 424-425 Uhr, DGB und Saal 425-426 Uhr, DGB und Saal 426-427 Uhr, DGB und Saal 427-428 Uhr, DGB und Saal 428-429 Uhr, DGB und Saal 429-430 Uhr, DGB und Saal 430-431 Uhr, DGB und Saal 431-432 Uhr, DGB und Saal 432-433 Uhr, DGB und Saal 433-434 Uhr, DGB und Saal 434-435 Uhr, DGB und Saal 435-436 Uhr, DGB und Saal 436-437 Uhr, DGB und Saal 437-438 Uhr, DGB und Saal 438-439 Uhr, DGB und Saal 439-440 Uhr, DGB und Saal 440-441 Uhr, DGB und Saal 441-442 Uhr, DGB und Saal 442-443 Uhr, DGB und Saal 443-444 Uhr, DGB und Saal 444-445 Uhr, DGB und Saal 445-446 Uhr, DGB und Saal 446-447 Uhr, DGB und Saal 447-448 Uhr, DGB und Saal 448-449 Uhr, DGB und Saal 449-450 Uhr, DGB und Saal 450-451 Uhr, DGB und Saal 451-452 Uhr, DGB und Saal 452-453 Uhr, DGB und Saal 453-454 Uhr, DGB und Saal 454-455 Uhr, DGB und Saal 455-456 Uhr, DGB und Saal 456-457 Uhr, DGB und Saal 457-458 Uhr, DGB und Saal 458-459 Uhr, DGB und Saal 459-460 Uhr, DGB und Saal 460-461 Uhr, DGB und Saal 461-462 Uhr, DGB und Saal 462-463 Uhr, DGB und Saal 463-464 Uhr, DGB und Saal 464-465 Uhr, DGB und Saal 465-466 Uhr, DGB und Saal 466-467 Uhr, DGB und Saal 467-468 Uhr, DGB und Saal 468-469 Uhr, DGB und Saal 469-470 Uhr, DGB und Saal 470-471 Uhr, DGB und Saal 471-472 Uhr, DGB und Saal 472-473 Uhr, DGB und Saal 473-474 Uhr, DGB und Saal 474-475 Uhr, DGB und Saal 475-476 Uhr, DGB und Saal 476-477 Uhr, DGB und Saal 477-478 Uhr, DGB und Saal 478-479 Uhr, DGB und Saal 479-480 Uhr, DGB und Saal 480-481 Uhr, DGB und Saal 481-482 Uhr, DGB und Saal 482-483 Uhr, DGB und Saal 483-484 Uhr, DGB und Saal 484-485 Uhr, DGB und Saal 485-486 Uhr, DGB und Saal 486-487 Uhr, DGB und Saal 487-488 Uhr, DGB und Saal 488-489 Uhr, DGB und Saal 489-490 Uhr, DGB und Saal 490-491 Uhr, DGB und Saal 491-492 Uhr, DGB und Saal 492-493 Uhr, DGB und Saal 493-494 Uhr, DGB und Saal 494-495 Uhr, DGB und Saal 495-496 Uhr, DGB und Saal 496-497 Uhr, DGB und Saal 497-498 Uhr, DGB und Saal 498-499 Uhr, DGB und Saal 499-500 Uhr, DGB und Saal 500-501 Uhr, DGB und Saal 501-502 Uhr, DGB und Saal 502-503 Uhr, DGB und Saal 503-504 Uhr, DGB und Saal 504-505 Uhr, DGB und Saal 505-506 Uhr, DGB und Saal 506-507 Uhr, DGB und Saal 507-508 Uhr, DGB und Saal 508-509 Uhr, DGB und Saal 509-510 Uhr, DGB und Saal 510-511 Uhr, DGB und Saal 511-512 Uhr, DGB und Saal 512-513 Uhr, DGB und Saal 513-514 Uhr, DGB und Saal 514-515 Uhr, DGB und Saal 515-516 Uhr, DGB und Saal 516-517 Uhr, DGB und Saal 517-518 Uhr, DGB und Saal 518-519 Uhr, DGB und Saal 519-520 Uhr, DGB und Saal 520-521 Uhr, DGB und Saal 521-522 Uhr, DGB und Saal 522-523 Uhr, DGB und Saal 523-524 Uhr, DGB und Saal 5

Sind die Reichsfarben schuldig?

Man schreibt uns: Anlässlich der Reichstagswahl am 7. Dezember vergangenen Jahres beschimpfte ein den nationalen Verbänden nahestehender Schlichter in einem Wahllokal in Erfurt die Farben Schwarz, Rot, Gold in der größtenteils Weise...

Zuf Grund Ihrer Anzeige vom 8. Dezember 1924, gegen den Schlichter... wegen öffentlicher Beschimpfung der Reichsfarben einzuschreiben, lehne ich ab. Nach den angestellten Ermittlungen lassen sich die Angaben des Beschuldigten, daß seine Worte sich nicht auf die Reichsfarben, sondern auf die Fahnen des Vereins „Reichsbanner“ bezogen, nicht widerlegen.

Eine derartige Stellungnahme der Justizbehörden muß Befremden erwecken. Die Angelegenheit kann natürlich hinterher sehr leicht so dargestellt werden, als habe man nur das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold treffen wollen. Aber auch in diesem Falle hätte die Justizbehörde einschreiten müssen...

Gegen das Spielunwesen.

65 Spielclubs in einer Nacht kontrolliert.

Bedenkliche Vorgänge in Spielclubs gaben dem Sonderdezernat der Abteilung W. des Polizeipräsidenten Veranlassung, in der vergangenen Nacht wieder einmal eine umfassende Kontrolle vorzunehmen. Es war festgestellt worden, daß Leiter von Spielclubs bei Kontrollen Gäste für Mitspieler ausgeben, daß Spielteilnehmer sich falsche Namen beigelegt und mit falschen Papieren sich ausgewiesen hatten...

Um nun eine große Kontrolle nach allen Richtungen durchzuführen zu können, nahmen daran nicht nur das ganze Sonderdezernat, sondern auch Beamte der Zentralstelle zur Bekämpfung des Schmutzes teil. So erstreckten sich die Ermittlungen auch auf Nachtclubs und sittenpolizeiliche Feststellungen. Im ganzen wurden 65 Klubs gründlich kontrolliert, einige auch zweimal im Laufe der Nacht. In der Rosenheimer Straße wurde eine Gesellschaft von 10 Personen beim Kartenspiel überführt. Hier hatte sich die „Partie Faustmann“, ein Regener Klub, in Räumen niedergelassen, die ihm die Mieterin einer Wohnung zur Verfügung stellte. Ein zweiter Kartenspieltisch wurde am Kurfürstendamms entdeckt und ausgehoben. Im Wilmersdorfer Haus am Kurfürstendamms überprüfte man 15 Frauen in einem nachbetriebsähnlichen Unternehmen in einem schönen Boudoir, während in Nebenräumen 44 Herren spielten. Der Wirt wurde wegen unerlaubten Ausschanks zu verurteilen haben. Auch im Verein Deutscher Filmmäntler wurde von Damen und Herren selbst gespielt. In einem Klub in der Budapester Straße, der vor einiger Zeit schon einmal die Öffentlichkeit beschimpfte, wurde bei einer ersten Kontrolle nur Coarté, bei einer zweiten dagegen heute früh um 6 Uhr Bakarat gespielt. Auch hier wurden alle Spielgeräte, Chips usw. und die Spielgelde beschlagnahmt, auch die Tische, die außerdem auch als Spektakel hergerichtet waren. Das im ganzen beschlagnahmte Gerät hat einen erheblichen Wert. Bezeichnend ist, daß die Damenklubs reger besucht waren als die der Herren. Überall, wo in bezug auf falsche Auskünfte Bedenken vorlagen, wurden alle Anwesenden nach der Wache gebracht, um von hier aus auf den zuständigen Beamten ihre Personenangaben nachprüfen zu lassen. Alle Spielleiter wurden eindringlich gewarnt, falsche Angaben über die Spielteilnehmer zu machen. Auch wurde ihnen nahegelegt, die Klubmitglieder vor Bestechungsversuchen zu warnen.

Der erstochene Pfadfinder.

Der blutige Zusammenstoß zwischen Mitgliedern kommunistischer Wandervereinigungen auf der einen Seite und Pfadfindern und Stahlhelmisten auf der anderen Seite, der sich am 20. April 1924, dem 1. Osterfesttage, bei der „Schwarzen Kühle“ am Fuße der Bälteborfer Höhe in der Nähe von Budow ereignete und bei dem ein Pfadfinder, der Schüler Braß, Sohn eines Polizeiwachmeisters, durch einen Stich seinen Tod fand und bei dem zahlreiche andere Personen verletzt und misshandelt wurden, hatte heute ein Nachspiel vor dem Großen Schöffengericht Wedding unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Friedemann. Angeklagt sind wegen Landfriedensbruchs die 20jährigen Arbeiter Helmuth Kaminski und Ernst Zeitz sowie der noch nicht 18jährige Arbeiter Willi Ebeling; letzterer ist auch wegen Anwendung von Gewalttätigkeiten beschuldigt. Die drei Angeklagten bestritten, daß sie sich an den Zusammenrottungen und Schlägereien beteiligt hätten und behaupteten, daß die Festgestellten von der anderen Seite angegriffen worden seien. Bei der Polizei und beim Ermittlungsrichter hatten sie zunächst Angaben gemacht, die ihrer heutigen Aussage widersprechen. Sie behaupten jetzt, daß diese Angaben ihnen auf der Kriminalpolizei unter Androhung des Gummifnüppels erpreßt worden seien. Kriminalkommissar Schenk bezeichnet es jedoch als unwahr, daß von ihm irgendein Druck ausgeübt worden sei. Nach dem Vorwachen des Kreisarztes Medizinalrat Dr. Klein hat Braß, ein junger kräftiger Mensch, einen Stich mit einem dolchartigen Gegenstande hinten in das rechte Schulterblatt erhalten. Die Wunde wurde schwer verletzt und der Tod war die Folge dieses Stiches. Rechtsanwält Dr. Carl Tönn hat zur Entkräftigung für die drei Angeklagten eine Reihe von Zeugen geladen, so daß die Verhandlung voraussichtlich zwei Tage dauern wird.

Neue Siedlungshäuser bei Wittenau.

Die Heimstätten-Gesellschaft „Primus“, Wittenau, hatte die Mitglieder des Bezirksamts Reinickendorf der Bezirksverordnetenversammlung sowie die Berliner Stadtverordneten und die Presse zu einer Besichtigung ihrer Siedlungshäuser eingeladen. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1919 von der damaligen Gemeinde Wittenau als gemeinnütziges Unternehmen gegründet und ist bei der Eingemeindung Groß-Berlins auf die Stadtgemeinde Berlin übergegangen. In den Jahren 1919-1923 wurden auf einem 84 Morgen großen Siedlungsgebiet am Vindenberg und an der Köder-Allee 350 Wohnstätten geschaffen, die zu den Selbstkosten an Einzelpächter verkauft worden sind. Im Baujahre 1924/25 wurden von der Gesellschaft an der Haupt- und Dranienburger Straße in Berlin-Wittenau 10 Vier- und Fünferhäuser mit 100 Zwei- und Dreizimmerwohnungen geschaffen, die alle sehr geräumig sind und Einzelbäder besitzen. Die Baukosten einer Wohnung betragen einschließlich Grund und Boden durchschnittlich 12 000 G.M. Diese Kosten werden gedeckt bis zur Höhe von circa 9000 G.M. durch Hauszinssteuer und Hypothek. Die Restkosten haben die Wohnungserwerber zu tragen, wofür sie das Mieltentumrecht am Hause erhalten. Ferner errichtet die Gesellschaft an der Dranienburger Straße, Berlin-Wittenau, eine größere Anzahl von Landhäusern mit sogenannten Mittelkondomünien, die unter günstigen Bedingungen zum Verkauf kommen. Diese architektonisch schönen Landhäuser wurden

nach Entwürfen und Plänen des Stadtbaurats Rede und des Magistratsbauamts Reppin erbaut, und werden jetzt bezugsfertig. Die Häuser sind mit allem Komfort ausgestattet, sie enthalten eine Wohnung von 4-5 Zimmern, Bad, Mädchenkammer, Küche mit Speisekammer, Diene, Garderobe und Veranda und haben reichliche Bodenräume. Sie werden mit Gas und elektrischer Beleuchtung ausgestattet. Zu jedem Landhause gehört ein 700 Quadratmeter großer Garten. Der Kaufpreis beträgt einschließlich der Einzahlung 25 000 G.M. Auf diesen Kaufpreis hat der Erwerber eine Anzahlung von 5000 G.M. zu leisten, 15 000 G.M. werden hypothekarisch gefundet, die restlichen 5000 G.M. können in Raten gezahlt werden. Die Heimstätten-Gesellschaft „Primus“ hat durch den im Siedlungswesen langjährig erfahrenen ersten Geschäftsführer Direktor Baudorf und durch Herrn Bürgermeister Reichhelm Reinickendorf im Aufsichtsratsvorstand große Unterstützung und Förderung gefunden. Eine Besichtigung der im Rohbau fertiggestellten Landhäuser kann werktäglich mit Ausnahme von Mittwochs und Sonnabends zwischen 9 bis 3 Uhr vorgenommen werden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin-Wittenau, Hauptstraße 15.

Großfeuer in einer Fleischfabrik.

Ein Feuerwehrmann durch lodendes Fett schwer verletzt.

Ein großes Schadenfeuer, das rund 400 Zentner Speck- und Wurstwaren vernichtete, entstand heute vormittag auf dem Fabrikgrundstück der Presto-Fleischwerke in Wilmersdorf, in der Berliner Straße. Gegen 5 Uhr morgens bemerkten Arbeiter, die im Nebenhaus tätig waren, daß aus einem Schuppen von 20 mal 40 Meter Länge, in dem Dauerwaren für den Sommer aufgestapelt waren, Rauchwolken herausdrangen. Wenige Minuten später schlugen bereits helle Flammen aus dem Gebäude heraus. In wenigen Minuten waren mehrere Löschzüge zur Stelle, die unter Leitung des Branddirektors Berg den gefährlichen Brand zu bekämpfen versuchten. Zunächst waren jedoch alle Bemühungen vergeblich, da in dem Lager schuppen größtenteils Speck und Fettwurst aufbewahrt waren, die den Flammen reichliche Nahrung boten. Tatsächlich hatte die ungeheure Hitze, die sich in dem Lager raum entwickelte, den Speck zum großen Teil geschmolzen, und so war es außerordentlich gefährlich, an den Brandherd heranzutreten. Ein Feuerwehrmann, der die Schuppentür einzuschlagen versuchte, wurde von dem explosionsartig nach außen drückenden lodenden Fett überschüttet und trug schwere Brandwunden davon. Erst nach harter dreißtündiger Arbeit konnten die Wehren des Brandes, der auch die übrigen Teile der Fabrik stark bedrohte, Herr werden. Durch das Feuer sind rund 400 Zentner Speck- und Wurstwaren vernichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend, dürfte jedoch zum größtenteils Teil durch Versicherungen gedeckt sein.

Der betrunkene Schupmann.

Wegen Nötigung und Körperverletzung im Amt sowie ungerechtfertigter Zwangsmaßnahme war der frühere Polizeiwachmeister Josef Reumann gestern vor dem Amtsgericht Schönberg angeklagt. Die Beschuldigungen hatte er sich bei einem großen Auslauf am Rollendampfbahnplatz zuschulden kommen lassen. Dort war einem fliegenden Wursthändler von einigen Betrunkenen der Wurstfestel umgeworfen worden. Der Wursthändler verlangte die Feststellung der Schuldigen und rief den diensttuenden Beamten, den jetzigen Angeklagten, zu diesem Zweck herbei. Reumann war, trotzdem er im Dienst war, selbst stark angetrunken und erwiderte dem Handelsmann: „Ich was, wenn du mir zuviel Theater machst, werde ich dafür sorgen, daß du morgen nicht mehr hier siehst.“ Empört schloß sich aus der Menge, die sich inzwischen angeammelt hatte, ein Dr. W. ein. Nun aber wandte sich der Polizeibeamte gegen Dr. W., packte ihn am Arm und verlangte, daß er zur Wache folge. Er drohte ihm auch gleich mit der Festlegung, wenn er nicht sofort folge. Auf dem Wege zur Wache erhielt Dr. W., der vergeblich seinen Ausweis angeboten hatte, von dem Beamten mehrfach Stöße in die Seite. Auf der Wache ergab sich sofort die Grundlosigkeit der Festnahme und Dr. W. wurde entlassen. Er erstattete nun Anzeige. Der Verteidiger führte als Entschuldigung für den Angeklagten an, daß er im Felde nervenleidend geworden sei und daher gegen Alkoholgenuss wenig widerstandsfähig sei. Außerdem sei Reumann auch schon schwer bestraft durch die inzwischen erfolgte Dienstentlassung. Das Gericht kam auch zu einer mildernden Auffassung des Vergehens des Angeklagten und verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 200 M.

Freizügigkeit der Wochenendkarten.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit, daß bereits Sonntagsrückfahrkarten ausgeben werden, die zur Rückfahrt von einer anderen Station als der Endstation der Hinfahrt benutzt werden können. So gelten beispielsweise die Sonntagsrückfahrkarten Berlin (Schlesischer Bahnhof) - Tiesensee zur- und auch von Tiesensee. In welchem Umfange die Ausgabe solcher Karten zugelassen werden kann, ist der Entscheidung der einzelnen Reichsbahndirektionen überlassen, weil diese allein zu überlegen vermögen, ob ein Bedürfnis für Sonntagsrückfahrkarten vorliegt, und ob feige Gründe betrieblicher Art dagegen sprechen. Die Rückfahrt von einem beliebigen Bahnhof aus kann aus dem Grunde nicht gestattet werden, weil nur solche Bahnhöfe in Frage kommen können, die von der Anfangsstation nicht weiter entfernt sind als die Endstation der Hinfahrt.

Zur Förderung des beruflichen Aufstiegs ehemaliger Volksschüler veranstaltet die Kulturbildungs-Vereinigung für junge Männer Abendkurse zur Vorbereitung auf die Realschul-Schulprüfung (Einschulungs-Examen). Anmeldung und Auskunft: Dienstag und Freitag von 7-8 Uhr im Schulgebäude, Zimmer Nr. 21, Gipsstr. 2a, Hof 1. oder schriftlich an den Geschäftsführer der Vereinigung Herrn Frenzel, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 175. Unterricht: zweimal wöchentlich von 6-10 Uhr abends. Dauer: 2 bis 3 Jahre. Honorar: 6 M. monatlich.

Beziehungsseminar Groß-Berlin. Sonntag, den 15. März, nachmittags 3/4 Uhr, im großen Saal der Philharmonie viertes Festkonzert. Länge nach moderner Musik, ausgeführt vom Ballet der Staatsoper. Künstlerische Leitung: Herr Balletmeister Terpil unter Mitwirkung von Elisabeth Grube (Prima Ballerina), Dorothea Albus (erste Charaktertänzerin), Karol Kreutzberg (ritter Solotänzer) und vier Tänzerinnen vom Ballet der Staatsoper. Karten zum Preise von 1,20 M. im Bureau des Beziehungsseminars, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Etz., Zimmer 8, und in allen bekannten Verkaufsstellen. - Ausstellung und Verkauf von Kodierungen und Holzschnitten derrotgerender Künstler (Sela Goffe, Wilhelm Esterle, Helmut Krommer) im Beziehungsseminar, Lindenstr. 3. Besichtigung und Verkauf in der Zeit von 10-5 Uhr.

Freizeiter-Jugendweihen. Die Arbeitergemeinschaft freizeitlebiger Verbände teilt folgendes mit: Sonntag, den 15. März, Augenweihen im Stadthaus zu Berlin, Kollertstraße. Sonntag, den 22. März, Augenweihen in der Goethe-Höhle, Berlin, Kollertstraße, in Köpenick, Aula der Köpenicker Schule, Vindenberg, in Friedrichshagen, Aula des König-Friedrich-Gymnasiums, in Weichenhagen (Gemeinschaft mit dem Arbeiter-Verein) in der Turnhalle. Sonntag, den 29. März, Augenweihen in Berlin, Stadthaus in Tempelhof, in der Aula des Lyzeums und in Steglitz (Votat noch nicht feststehend).

Einheitsverband tolnisch-er Unternehmer. Die diesmalige Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Kolonialhof, Kolonialhof Str. 11/12, statt. Persönliche Gewerbetreibende, Kaufleute, Geschäftsinhaber, Händler usw. sind hiermit freundlich eingeladen.

Jungen gesucht! Personen, die geloben haben, wie der Hühner Artur Brandner am 4. März um 7,25 Uhr früh mit seinem Fahrrad Wühlisch, Ude Ermenstraße von einem Privatauto überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Frau Wm. Emma Brandner, Gipsstr. 15, Hof 1. Etz.

Nürnberg Qualitätarbeit.

Nürnberg, dessen Name schon den Begriff der Sauberkeit umspannt und Erinnerungen an Meisterhandwerk und hochentwickelte Handwerkskunst aufkommen läßt, ist der Sitz einer Genossenschaft zur Förderung deutscher Wertarbeit. Die Zwecke und Ziele dieser Nürnberger Werkstätten sind die Unabhängigmachung von ausländischer Robierzugung, Pflege des Stilleides, Hebung und Steigerung des handwerklichen Könnens zu künstlerischen Leistungen auf dem Gebiete der Frauenkleidung. Im Rheingold veranstalteten diese Werkstätten nun eine Schau, auf der Wanddrucke, Indanthrenbedruckte (d. h. licht- und waschfeste) Kessel, Kattun, Stoffe, Woll- und Seidenkleider gezeigt wurden. Keines der Modelle trug einen verschrobenen Namen, sie hießen z. B. Raminchen, Kaspur, Einfach, Lieblich, Kornähre, Wäulehähnchen, Heintzelmann, Taufendhahn, Blaufelchen, Grashalm, Sonnenschein, Dachziegel usw., und die Damen, die sie vorführten, waren keineswegs geziert, sondern frisch und natürlich.

Bei Natürlichkeit steckte überhaupt in jedem Modell, weil man vor allen Dingen den Stoff durch sich selbst wirken läßt. Interessant war es, denselben Stoff in verschiedenen Modellen beobachten zu können. Wirkungen ergiebt man durch die allereinfachsten Mittel, durch steife Kragen, Rüschen, Raffungen, Läten, Schleifen u. dergl. mehr. Die Sommerkleider sind durchweg eigenartig und lustig. Freilich bringen die Boilekleider zuweilen ein zuviel an Raffungen und Rüschen, so daß, wenn man an die Mädel des Plättens und die überfüllten Berliner Verkehrsmittel denkt, einem die Zweckmäßigkeit dieser Kleider gerade nicht einleuchten will.

Das Strindkleid sieht man in vielen Variationen. Das Stilleid ist stets modern, aber etwas ausgefallen. Bei fast allen Kleidern stand die Schönheit Patin, ein auserlesener Farbensinn hob die achtunggebende Arbeit, bei der man so deutlich die feine künstlerische Leitung verpürte.

Die Reichsgastwirtschaftsmesse am Kaiserdomum. Auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdomum wird in der Alten Automobilhalle am Sonntag vormittag 10 Uhr die Reichsgastwirtschaftsmesse im Beisein von Vertretern der Behörden, des Handels, Gewerbes und der Presse eröffnet. Die gesamte Ausstellungsfäche dieser größten der drei Berliner Messen ist von den führenden Firmen der Gastwirtschaft, Hotelier, Konditoren und verwandten Branchen vollständig belegt. Die Messe, die nur bis 19. März dauert, wird täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet sein. Mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse hat sich das Berliner Messenamt entschlossen, auch dem allgemeinen Publikum unbeschränkten Zutritt zu gewähren.

Internationales Preisfestern. Der Damenkleid- und Verandenmacher-Berein 1894 zu Berlin veranstaltet am Sonntag und Montag den 15. u. 16. März ein Internationales Preisfestern um insgesamt 3000 M. Geldpreise, wozu sich Teilnehmer aus allen europäischen Staaten anmelden haben und in Konkurrenz treten werden. Beginn am Sonntag, den 15. März, nachm. 4 Uhr, am Montag, den 16. März, nachm. 5 Uhr. Vorführung moderner Kostüme, ausgeführt von den einflussreichen deutschen und ausländischen Preisjurern. Abends 8 Uhr beginnt das Preisfestern in den Gesellschaftsräumen der Kammerhalle, Teltower Str. 1-4.

Nachrichtliche Kulturproben.

Römische Blätter, besprechen ausführlich den Fall einer Bergmolligung einer Ausländerin im Zuge Rom-Florenz. Es hat sich herausgestellt, daß das Opfer eine deutsche Staatsangehörige ist, deren Eltern in Frankfurt wohnen, und daß der Schuldige ein Mitglied der faschistischen Eisenbahnmiliz ist, welcher für die „Sicherheit“ in den Bahnhöfen zu sorgen hat.

Verleumdung deutscher Postsendungen in China. Nach hier vorliegenden Nachrichten sind die von der Bahnpost Morieren-Endstationen Zug D 7 am 2. Januar gestiegenen Briefposten nach Peking, Tientsin, Schanghai und Canton bei einem Brande im Eisenbahntunnel zwischen Mukden und Schenckelmann am 19. Januar verunreinigt worden. Der Inhalt der Posten bestand aus Sendungen, die in Deutschland in der Zeit vom 30. Dezember 1923 bis 1. Januar 1924 aufgegeben worden sind.

Rettung aus Seeno. Die Rettungsstation Stolpmünde der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 11. März wurden von dem lettischen Motorsegler „Sophia Maria“, Kapitän Krumin, gestrandet westlich der Mole von Stolpmünde, mit Papierholz von Riga nach Stolpmünde dahin mit sieben Personen durch den Haltenapparat der Station Stolpmünde gerettet.

Luftverkehrspläne im Ruhrgebiet. Die Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet L.V. (Lurog) bereitet mit der Junkers-Gesellschaft folgende Luftverkehrslinien vor: Hamburg-Bremen-Ruhrgebiet-Frankfurt-Zürich; Leipzig-Erfurt-Ruhrgebiet; Ruhrgebiet-Holland (Amsterdam); Ruhrgebiet-Hannover-Berlin. Für später sind ferner die Linien Ruhrgebiet-Brüssel und Linie Amsterdam-Brüssel-Paris geplant. Auf der Strecke Bremen-Ruhrgebiet-Frankfurt-Zürich hofft man den Verkehr am 20. April aufnehmen zu können. Auch die Dortmunder Luftverkehrsgesellschaft, die mit dem Aero-loyd zusammenarbeitet, plant bis zum 20. April die Errichtung einer Verbindung von Kopenhagen über Dortmund nach Frankfurt-Zürich.

Der Demawend, der höchste Berg Persiens, überflogen. Der schweizerische Flugzeugführer Mittelholzer, der den Flug von Zürich nach Teheran in 40 Flugstunden zurücklegte, hat als erster, von Espachon kommend, den Demawend, den höchsten Berg Persiens, in einer Höhe von mehr als 5000 Metern überflogen.

Der Direktor des Seruminstuts von Acapel ist inoffiziell geworden. Die Behörden verweigern die Beschlagnahme der Präparate in den Apotheken, die unter seiner Leitung hergestellt worden waren.

Schnee in Italien. In der Po-Ebene bei Bologna und in Florenz liegt reichlich Schnee. Gestern nachmittag hat es auch in Rom einige Minuten lang bei 6 Grad über Null leicht geschneit.

Der österreichische Schilling. Seit 1. März gehen die wichtigsten Institutionen in Oesterreich, so vor allem auch die Postpartale, zur Schillingrechnung über. Ein Schilling wurde bekanntlich 10 000 Papierkronen gleichgestellt. Als kleinste Einheit dient der Groschen, der 100 Papierkronen ausmacht. In der letzten Zeit ist der Umlauf von Hartgeld allgemein geworden, und zwar hauptsächlich Weismetalstücke zu 10 Groschen und Kupferstücke zu 2 und 1 Groschen. Dagegen fehlt es noch an Schillingmünzen, an deren Stelle vorläufig noch die Banknote zu 10 000 Kronen verwendet wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

74. Wkt. Sehlenhert. Öffentliche Wählerversammlung in Ahlenberg, heute Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Vindenberg L. Vertikal Str. 8. Tagesordnung: Bericht über die Wahlverhältnisse. Referent: Gen. Verwalter Wädelberg. Peterhagen, Sonntag, den 14. März, abends 8 Uhr. Wählerversammlung in der Adler-Louise, Prudenzstraße. Tagesordnung: Bericht des Genossen Krumm über die bevorstehende Präsidentschaft. Diskussions-Vorlesung. 8 Uhr willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37-38. Bei 3 Etz. Kameradschaft Prenzlauer Berg. Sonntag, heute abend, 8 Uhr, bei Jung.

